

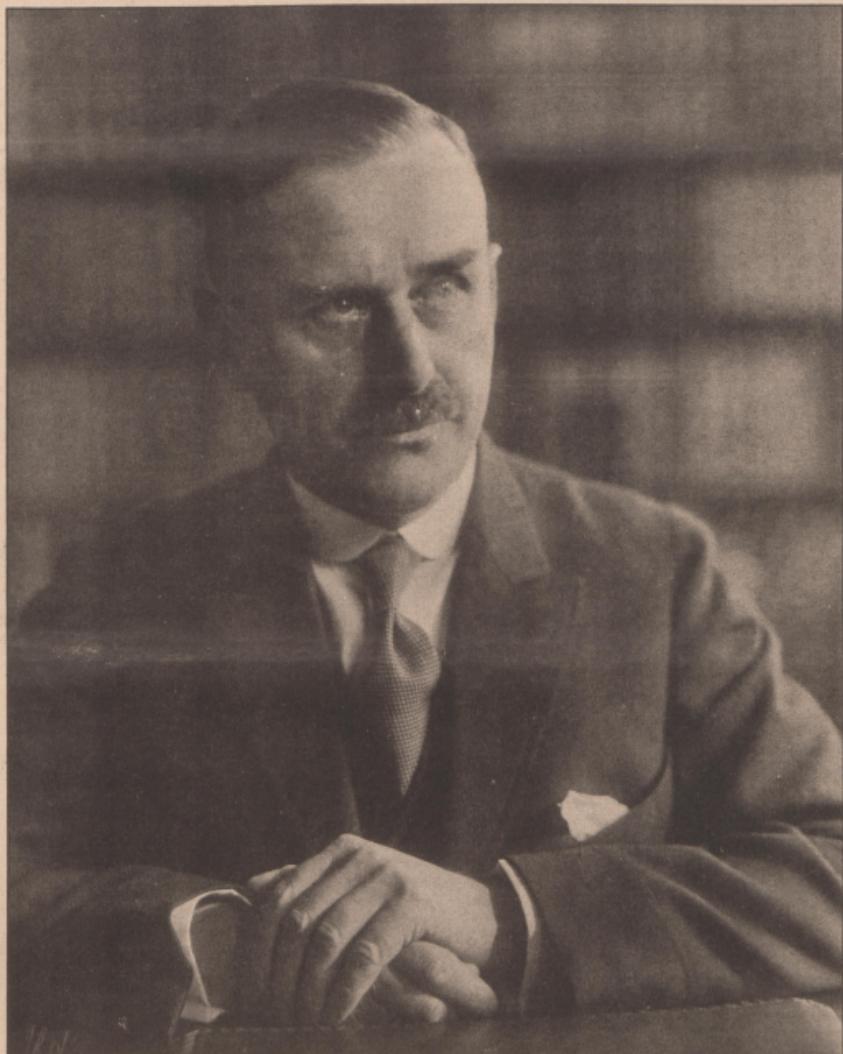
Jahrgang IX Nr. 22

2. Novemberheft 1929

Bücherreihe
Elbing

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W 35



Thomas Mann

Transocean G. m. b. H.

Das Problem der Reparationsfachlieferungen.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Claußen.

Die Dawes-Sachverständigen haben sich sehr eingehend mit der wirtschaftlichen Problematik der Sachlieferungen beschäftigt. Sie kommen in ihrem Bericht zu einer Anerkennung der Notwendigkeit, die Sachlieferungen fortzuführen, führen dafür allerdings überwiegend Gründe an, die auf anderen Gebieten liegen. Sie sagen nämlich, daß die Sachleistungen fortgesetzt werden müßten, weil sie

1. im Vertrage von Versailles vorgesehen seien,
2. zur Zeit noch (d. h. im Frühjahr 1924) für die Wirtschaft mehrerer alliierten Staaten unentbehrlich seien und nicht ohne erhebliche Erfüllungen befehligt werden könnten,
3. helfen könnten, zu verhindern, daß ein künftiger deutscher Ausfuhrüberschuß durch Kapitalanlagen deutscher Privatpersonen in Ausland aufgezogen werden würde und
4. endlich, wenn der Grundsatz nicht übertrieben würde, einen Ansporn für die deutsche Produktivität bilden und auf diese Weise einen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben könnten.

Die drei zunächst angeführten Gründe zeigen, daß auch die Dawes-Sachverständigen in den Sachlieferungen vorwiegend einen besonderen Vorteil und eine besondere Sicherheit für die Gläubigermächte erblickten und aus diesem Grunde ihre Aufrechterhaltung forderten. Lediglich in den zuletzt angeführten Gesichtspunkten werden auch Interessen der deutschen Volkswirtschaft berücksichtigt, wenn nämlich gesagt wird, daß die Sachlieferungen durch Anspornung der deutschen Produktivität einen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben könnten. Damit hängt zusammen der von den Dawes-Sachverständigen an die Spalte ihrer Ausführungen gestellte Grundsatz, daß die Sachlieferungen in ihrer finanziellen Auswirkung sich tatsächlich nicht von Barberwerstellungen unterscheiden und daß sie auf die Dauer den wirklichen für die Ausfuhr verfügbaren Überschuß der deutschen Produktion über den Verbrauch nicht übersteigen können, ohne die Währung in Unordnung zu bringen oder die Annahme auswärtiger Anleihen notwendig zu machen. Die Sachlieferungen dürfen also den verfügbaren Ausfuhrüberschüß nicht übersteigen, sie können aber, richtig eingesetzt, einen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben. Hierzu ist vom deutschen Standpunkt aus gründlich zu bemerken, daß nur die jugendlichen Sachlieferungen eine Steigerung der deutschen Ausfuhr bedeuten, d. h. diejenigen Sachlieferungen, die über die normale Ausfuhr hinaus von den Gläubigerländern aufgenommen werden wie beispielsweise in Frankreich die Bekleidungen der öffentlichen Hand, Städte, Haushaltsverwaltungen, Elektrizitätswerke u. Ä., die im normalen Jahre sicherlich nicht gerade nach Deutschland gelegt worden wären. Dagegen sind Sachlieferungen, die lediglich an die Stelle einer normalen Ausfuhr treten, welche nach menschlichem Ermessens in derselben Weise und Höhe auch ohne die Bezahlung über Reparationskontos erfolgt wäre, nicht als ein wirtschaftlicher Vorteil für Deutschland anzusprechen, sondern als ein Nachteil, insfern als nämlich durch die Schaffung des künstlichen Ausfuhrweges sehr leicht der normale Ausfuhrweg dauernd zerstört werden kann.

Das Londoner Schlußprotokoll vom August 1924, das als Vertrag zwischen den Regierungen den Dawesplan in Kraft setzte, brachte über diesen hinaus auf dem Sachlieferungsgebiet noch eine Reihe ergänzender Bestimmungen, die zu einem großen Teil wieder ausschließlich im Interesse der alliierten Mächte lagen, wie z. B. die Verpflichtung der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß die von den Angehörigen der Gläubigerländer angeforderten deutschen Sachlieferungen zu den gewöhnlichen geschäftlichen Bedingungen zu erhalten seien. Diese Verpflichtung der deutschen Regierung wurde für bestimmte Warengruppen wie Kohle, Farben und Stoff noch verschärft durch die Bestimmung, daß die deutsche Regierung durch einen Schiedsgerichtsrat zu unmittelbaren Lieferungen verurteilt werden könne, wenn dieser festgestellt habe, daß die betreffende Ware anders nicht zu normalen Bedingungen zu erhalten sei.

In Verfolg der Londoner Vereinbarungen trat ein besonderer paritätisch besetztes Komitee zusammen, das die Aufgabe hatte, eine Verfahrensvorschrift für Sachlieferungen aufzustellen. Das Komitee wählte im Verlauf seiner Arbeiten zu seinem neutralen Vorsitzenden den schwedischen Bankier Marcus Wallenberg. Nach diesem wurde von dem Komitee aufgestellte und noch heutige geltende Verfahrensvorschrift für Sachleistungen allgemein als das Wallenberg-Reglement bezeichnet. Eine Überprüfung dieses Reglements zum Zwecke seiner Anpassung an die Vorschriften des Youngplans statt. Das Wallenberg-Reglement enthält in erster Linie Bestimmungen über Form und Inhalt der Sachlieferungsverträge,

über die Grundsätze für die Erteilung der Genehmigung und über die Art der Bezahlung. Ihnen sind mehrere Listen beigefügt, in denen diejenigen Waren einzeln aufgeführt sind, welche auf Reparationskontos überhaupt nicht oder nur als Kontingente geliefert werden dürfen. Ferner dienen Waren, die einen größeren Prozentsatz als fremdem Rohstoff enthalten und entsprechend von dem Käufer teilweise in bar bezahlt werden müssen. Außerdem ist in der Verfahrensvorschrift enthalten das bereits in früheren Abkommen vorgegebene Verbot des Reexports, d. h. das Verbot der Wiederausfuhr von Sachlieferungen aus dem betreffenden Gläubigerland. Besondere Bestimmungen sind getroffen, um Scheinverträge und sonstige Scheibenungen zu verhindern. Endlich ist noch auf eine besonders wichtige Vorbehalt zu verwiesen, daß nämlich jeder Sachlieferungsvertrag das ausdrückliche Einverständnis des deutschen Verfassers mit der Bezahlung durch den Generalagenten enthalten muß. Diese Bestimmung ist getroffen worden durch eine Entscheidung des neutralen Vorsitzenden gegenüber der Forderung der Alliierten, daß sowohl oder selbst gegen den Willen eines Verfassers gehönbliche Handelsgeschäfte in dem Sachlieferungsvertrage übergeleitet werden könnten.

Das Sachlieferungssystem unter dem Dawesplan hat im großen und ganzen reibungslos gearbeitet. Gewiß gab es mancherlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den von den Regierungen eingerichteten Sachlieferungsbüros. Es ergab sich auch gelegentlich die Notwendigkeit, gegen einzelne Firmen wegen grober Fehlgeheime die Vorschriften vorzugehen. Der technische Apparat hat aber im wesentlichen so gearbeitet, daß ernsthafte Wünsche nach seiner Änderung von keiner Seite erhoben werden konnten.

Mit den seitigen deutschen Ministraten gewannen die Reparationsfachlieferungen allmählich Ausmaße, die alle Erwartungen übertrafen. Unter dem schweren Druck des Transferkomites mußten die Gläubigerregierungen sich dazu verstellen, immer mehr Sachlieferungen von Deutschland zu beziehen. In den ersten vier Dawesjahren stiegen die Zahlungen des Generalagenten für Sachlieferungen von 42 Millionen im 1. Dawesjahr auf 224 Millionen im 4. Dawesjahr. Davon betragen die Zahlungen für die Belege Frankreichs im 1. Jahr 234 und im 4. Jahr 197 Millionen RM. Im 5. Dawesjahr hat der Generalagent rund 1 Milliarde RM. für Sachlieferungen und davon über 700 Millionen RM. für die französischen Belege bezahlt. Mit dieser unerwarteten Entwicklung gewann das Problem der Sachlieferungen ein neues Gesicht.

Auf ungeteilte Ablehnung stießen die Sachlieferungen nunmehr in demjenigen Hauptgläubigerland, das selbst nicht Empfangsland für Sachlieferungen war und sein wollte: England. Seine Industrie, sein Bergbau und damit auch seine Regierung verzweigten mit immer mehr steigendem Mißfallen die als „unfair“ bezeichnete Konkurrenz der deutschen Sachlieferungen auf wichtigen englischen Absatzmärkten wie Frankreich und Italien.

In den eigentlich Empfangsländern der Sachlieferungen war die Stimmung gestellt. In Frankreich sahen zahlreiche öffentliche Stellen, Kommunen, Haushaltswärtungen u. Ä. für weitgehende Bauprojekte, die unter anderen Umständen noch lange ein Traum geblieben wären, die Möglichkeit der Verwirklichung. Diese Stellen waren und sind noch heute warme Freunde der deutschen Sachlieferungen. Mit ihnen manche französische Industrien, denen in Verbindung mit den deutschen Arbeiten neue unerwartete Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten erstanden. Andere Industrien wehrten sich natürlich das heftigste gegen das immer stärker werdende Auftreten des deutschen Industrie auf dem französischen Markt. In der französischen Regierung vermerkte es der Finanzminister mit Mißbehagen, daß die deutschen Reparationsleistungen, wenn sie in Form von Sachlieferungen kamen, in seiner Kasse durchschnittlich nur mit 75–80 v. H. des Normalbetrages in Erfüllung traten; der Rest ging draus auf Zollerhöhungen, zinsfreie Stundungen usw. Ähnlich wie in Frankreich war die Lage in Belgien; in Italien stellte sich Staat und Wirtschaft in seitengleichem Umfange auf den Bezug von deutscher Reparationsfahrt um, die an die Stelle eines Teils der bisher aus England und Polen bezogenen Kohle trat. In den östlichen Ländern wie Rumänien und Jugoslawien erzielte die öffentliche Hand auf Reparationskontos Aufträge großen Umfangs, teilweise auf weite Sicht, vielfach verbunden mit Kreditinstituten großen Stiles.

Wie mußte man in Deutschland das Problem sehen, als man im Februar 1929 zu den Verhandlungen nach Paris ging? Deutschland war bei den Beratungen des Young-Komitees in genug zum ersten Male nicht mehr lediglich das Objekt des Unterhanges durch fremde Sachverhandlungen, sondern die deutschen Sachverständigen arbeiteten und verhandelten gleichberechtigt in dem Young-Komitee. Sie standen somit vor der Frage, ob sie sich für

oder gegen den Fortbestand der Sachlieferungen einsetzen sollten. Trotz mancher Bedenken haben sie die Frage beigebracht. Sie fanden aber bei den Vertretern des Gegenseitens den festen Entschluss, in absehbarer Zeit das System der Sachlieferungen zu befehligen. Das im Youngplan niedergelegte Ergebnis ist bekannt. Die Sachlieferungsquote des ersten Youngplanes ist auf die Hälfte derjenigen des letzten Dawesplanes festgesetzt. Die Quoten sinken rasch ab und nach zehn Jahren hören die Sachlieferungen ganz auf. Auf der anderen Seite steht es nicht mehr im Erreichen eines Transferkomitees oder einer Gläubigerregierung, ob Sachlieferungen bezogen werden sollen, sondern die Quoteneinführung ist für die einzelnen Länder bindend.

Bei den Verhandlungen im Haag im August d. J. erfolgte ein scharfer Vorstoß der englischen Vertreter gegen die Regierung, die das Sachlieferungssystem im Youngplan gefunden hatte. Sie forderten zunächst gründlich die Beisetzung der Sachlieferungen überhaupt und konzentrierten ihre Anstrengungen schließlich auf zwei wesentliche Punkte, nachdem ihnen in einer Reihe von Nebenfragen bereits Zugeständnisse gemacht waren. Es ging ihnen um die deutschen Rohstofflieferungen nach Italien und um die Möglichkeit, eine Aufrechterhaltung oder gar Ausweitung der Sachlieferungen während eines Moratoriums verhindern zu können. Die deutschen Möglichkeiten gegenüber den englischen Ansprüchen waren nur beschränkt. Eine Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Auswahl der einzelnen Warengruppen, die auf Reparationskonten bezogen werden sollten, ist im Wallenberg-Reglement nicht vorgesehen, solange sich diese Auswahl im Rahmen der geltenden Vorschriften dält, und in der Frage des Moratoriums waren die Vorschläge des Youngplans so gefasst, daß eine Klarstellung nach einer Richtung hin unvermeidlich war. Wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, wird man die im Haag vereinbarte Regelung als erträglich bezeichnen müssen.

Die Beurteilung, welche die nunmehrige Regelung der Sachlieferungen in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hat, ist eine außerordentlich schwankende. Es ist interessant festzustellen, daß in

der Kritik, die in den letzten Wochen am Youngplan gefügt wurde, zwei Kritiker aus demselben Lager am gleichen Tage als ein besonders bedenklich gegen den Youngplan geltend machten, der eine, daß die Youngpläne verhindern sich nicht von dem alten Ironwahl freigemacht hätten, daß Sachlieferungen eine milder Form der Tributbelastung seien, der andere, daß der Youngplan die Sachlieferungen herabsetze und sogar zum Verschwinden bringe und damit unser Industrie treffen soll und müsse. Demgegenüber steht wohl das eine fest, daß die Vermehrung des plötzlichen zeitlosen Abkopplens aller Sachlieferungen dem einmütigen Wunsche aller deutschen Wirtschaftstrese entspricht. Eine Übergangsregelung war absolut notwendig, und sie ist auch in ausreichendem Maße erreicht worden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Sachlieferungsquoten in wenigen Jahren zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken werden. Es entzieht damit zunächst die Möglichkeit, die unter dem Dawesplan bereit begonnen hatte, sich in die Wirklichkeit umzuführen, den Gläubigerländern klar und eindringlich vor die Augen zu führen, daß ein Schuldnerland auf die Dauer nur mit Waren bezahlen kann; daß es unmöglich ist, von Deutschland Milliardenzahlungen zu verlangen und sich gleichzeitig gegen den Strom deutscher Waren zu wehren; daß die Politik des „Waffen mit dem Pelz, aber macht mich nicht naß“ auf die Dauer nicht durchführbar ist gegen die zwingende Gewalt der wirtschaftlichen Gesetze. Die Gläubigerländer versuchten, sich gegen diese Gesetze zu wehren, indem sie die Sachlieferungen befehligen. Sie werden erkennen, daß nunmehr die Warenstrom aus Deutschland in den normalen Kanälen sich seinen Weg über und durch ihre Hollmannen bahnen wird. Die Sachlieferungen als zufällige Ausfuhr hätten diesen Prozeß vielleicht einfacher und reibungsloser gestaltet. Aber auch so werden die wirtschaftlichen Gesetze sich durchsetzen, wenn auch unter schweren Reibungsercheinungen und Reibungsverlusten für alle Beteiligten. Einmal wird der Zeitpunkt kommen, wo alle verantwortlichen Stellen der Welt die zwingende Kraft der wirtschaftlichen Gesetze nicht nur erkennen, sondern auch aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen ziehen werden.

Thomas Mann.

Von Arthur Cloesser.

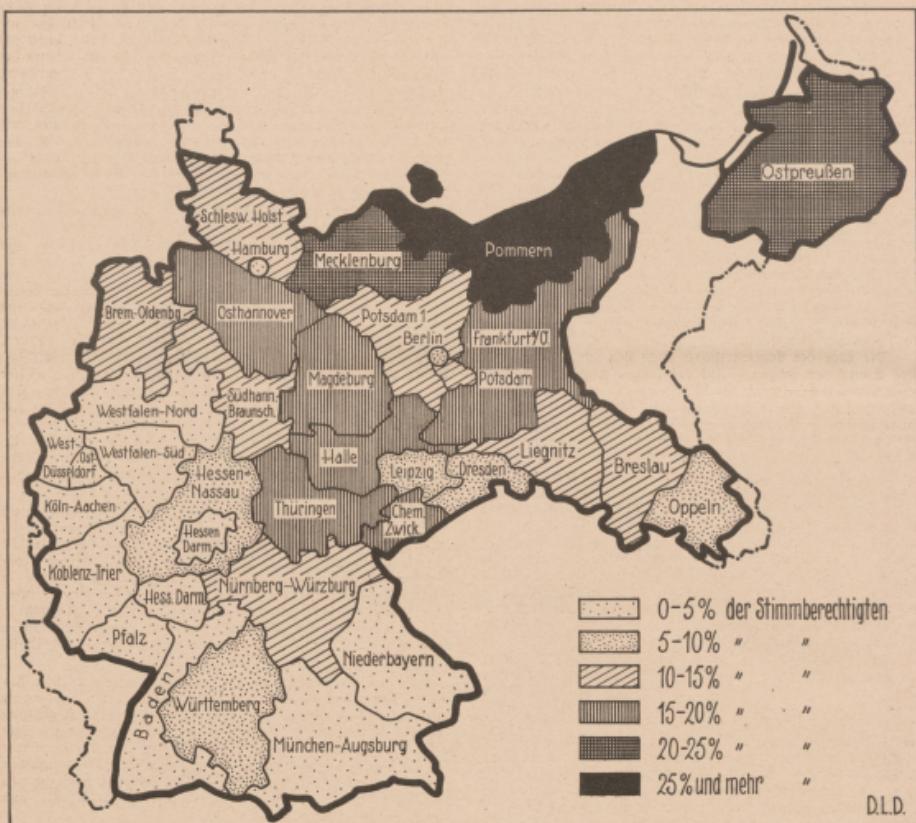
Thomas Mann hat den Nobelpreis für Literatur erhalten, der fünfte Deutsche nach Theodor Mommsen, Paul Heyse, Rudolf Eulen, Gerhart Hauptmann. Diese höchste literarische Auszeichnung, die die Welt kennt, wird in Deutschland tief befriedigen und außerhalb Deutschlands bereitwillig Zustimmung finden. Thomas Mann ist im eigenen Hause unserer populärsten Romanschriftsteller und außerhalb seines Volkes, seiner Sprachgemeinschaft eine literarische Größe, die man respektiert, die man als Talent, als Charakterbildung anerkennt, und an der man zu messen pflegt. Sein letztes großes Werk „Der Zauberberg“ war sofort ein europäischer Erfolg, ein Aufruf an alle Nachdenklichen, alle Verantwortlichen, die um die Krankheiten des alten Europa besorgt sind, die an seine Heilung, an seine Wiederherstellung aus der Herrschaft glauben.

Die Popularität von Thomas Mann beruht auf den „Buddenbrooks“, sie hat ihre eigenimliche, fast parodistische Geschichte. Der damals fünfundzwanzigjährige begann den Roman in Italien, er war daher von seiner süditalienischen Heimat verschlagen worden, Abkömmling eines stolzen hanseatischen Handelshauses, das im Laufe der Jahre zusammengefallen war. So schrieb er den Untergang eines Geschlechts, so hielt er sich für einen aus dem bürgerlichen Leben Entwurzelten, der eine neue Lebensform faum zu finden hoffte. Es war die Zeit der literarischen Dekadenz um die Jahrhundertwende.

Der junge Dichter hatte es sich gewiß nicht träumen lassen, daß da in einer quälischen Epoche der Unentschiedenheit ein Housbuch des deutschen Volkes entstand. „Was er webt, das weiß kein Weber.“ Dies Wort von Heine trifft auch auf einen Künstler zu, dem Missverstehen zuviel Bewußtheit oder Absichtlichkeit zuschreiben wollten. Thomas Mann in seiner unsicheren ängstlichen Lebenslage wollte damals eine flüchtige Selbstanalyse gegen sich anstellen. Aber Blut ist dicker als Wasser und auch noch dicker als Tinte. Innen der

Dichter nur sich selbst suchte, fand er die Vergangenheit seiner Familie und deutsche bürgerliche Vergangenheit überhaupt. In aller Unbehaglichkeit seines Zustandes nüllte er seine Schilderung mit einer Begegnung, mit einer liebenswürdigen Gegenwart, die das Buch so anheimelnd für das deutsche Volk gemacht hat.

Thomas Manns Novellen gehören viel mehr zur Literatur im engeren Sinn, immer erlebt, aber auch artistisch hochgetriebene Kunstwerke, die mit zarten Händen angefaßt werden müssen. Die „Buddenbrooks“ sind für jeden da, für die Anspruchslosen wie für die Anspruchsvollen, für die Alten wie für die Jungen, und eine Generation hat sie schon der anderen in die Hand gegeben. Wir zweifeln nicht, daß sie als föhlisches Erbgut noch lange dauern werden. Es ist das Werk, mit dem Thomas Mann sich das Erbe seines Volkes erworben hat, wie er fünfundzwanzig Jahre später sich seinen internationalen Ruhm mit „Der Zauberberg“ holte. Noblesse oblige. Über Erfolg verpflichtet nicht weniger. Es geschah dem Dichter, daß er als Vertrauensmann des deutschen Volkes eingesetzt wurde, obgleich er es immer nur mit seinen eigenen persönlichen Erlebnissen zu tun zu haben glaubte. Deutschland hat einen Krieg verloren; wir spüren trotz allen Nachwirkungen die allmähliche Wiederherstellung. Wir haben vor allem nach dem Sturz des persönlichen Regimes die Verantwortung für unser Schicksal selbst übernommen. Thomas Mann hat sich nach ernsten inneren Auseinandersetzungen zur Republik und zur Demokratie bekannt. Gerade sein Erfolg verpflichtete ihn, sich zu den höchst Verantwortlichen mit zu rechnen, sich mahnend und sorgend, aber auch hell rufend und ermutigend zu den wahren Patres patriae zu gesellen. Ein Land ist erst entwaffnet, wenn es geistig abdankt. Deutschland fühlt sich heute mehr als je vor der Welt durch seine Dichter, Künstler, Forscher vertreten. Thomas Mann empfängt den Nobelpreis gewiß als eine Auszeichnung, die mehr als eine persönliche Ehrengabe für ihn allein bedeutet.



Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens über das sogenannte „Freiheitssiegel“ liegt noch nicht vor; doch geschieht die vorläufige Zählung mit ausreichender Sicherheit die prozentuale Beteiligung der Bevölkerung innerhalb bestimmter Landesgrenzen festzustellen. Stimmberechtigt waren 41 075 459 Personen; davon haben sich beigetagt 14 335 812 Personen, das sind 35,10, d. h. Ein Blatt auf die oben wiedergegebene Karte zeigt, daß die größte Dichtigkeit der Eintragungen sich auf dem Volksbegehrungsgebiet in Pommern befindet 47; es haben sich dort durchschnittlich 35,12 a. K. der Stimmberechtigten in die Ecken eingetragen. In Oppeln betrug die Beteiligung 20—25 a. K. Das gleiche Ergebnis zeigt Masurenburg. In den mehr industriellen Gebieten und im besondern in den

großen Städten ist die Anteilnahme der Bevölkerung weSENTLICH geringer gewesen. Die häufige Ablehnung aber fand das Volksbegehren in den westlichen und südlichen Teilen des Reiches. Die Gebiete, die einmal besetzt gewesen sind oder denen die Besatzung einmal eine drohende Gefahr genutzt haben dem Volksbegehrungen die Gefolgschaft verweigert. In Abstimmungskreis Köln/Aachen haben nur 1.32 d. h. im Abstimmungskreis Koblenz/Trier nur 1.22 n. h. im Abstimmungskreis Düsseldorf/Ost nur 2 n. h. der Stimmberechtigten zugestimmt. Sehr beachtlich ist auch das Urtheil der Deputirten des Abstimmungskreises Oberbayern/Schwaben, wo nur 4.28 n. h. ihre Unterschrift geben; in Abstimmungsbezirk Niederbayern waren es 2.65 v. B. im Abstimmungskreis des Reg. Pfalz 2.85 v. B.

Volkswirtschaftliche Tagesfragen.

Den Ministerialrat Dr. A. K. L. E.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist stark bewegt und reich an sorgfältigeren Fragen, die der Lösung harren. Sie alle stehen untereinander in mehr oder minder engem Zusammenhang. Im raschen Laufe des Geschehens wechselt der Grad ihrer Dringlichkeit. Auf die volkswirtschaftlichen Fragen, die jetzt die Legesgeschichte stärker beherrschen als andere, niemand ähnlich bedeutsame soll kurz eingehen können.

Dass die bittre Not der Landwirtschaft ihre Wirkungen auf nahezu alle Erwerbsstände ausübt, ist in neuerer Zeit von den weitesten Kreisen eingesehen und empfunden worden. Der Arbeiter weiß, dass Schornsteine nicht rauchend und damit Arbeitszelegenheiten wegfallen, wenn der Bauer die industriellen Errungenschaften nicht kaufen kann. Der Mittelstand vermisst den Kaufmarkt schmerzlich, als Käufer und Besteller

Die Hebung des Inlandsabsatzes von Industrie, Handel und Gewerbe ist nur möglich durch Verbesserung der Lage der Landwirtschaft. „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“

Nun hat aber der Bauer jetzt leider kein Geld, sondern äußerst drückende Schulden. Sie beliefen sich Mitte 1929 auf 12 200 Millionen, die Zinsentlastung auf nahezu 10 v. H. Durchschnitt, etwa den doppelten Betrag der Vorkriegszeit. Hinzutreten auf der Ausgabenseite die hohen Steuern und Abgaben. Sie überschreiten die Vorkriegshöhe um ein Mehrfaches.

Anderseits sind die Einnahmen der Landwirtschaft, verglichen mit den Vorkriegsjahren, stark zurückgegangen. Es ist also kein Wunder, daß die Landwirtschaft immer weiter verschuldet und in immer schwere Not gerät. Wie soll ihr geholfen werden? Sie spart bereits im äußersten Maße. Besonders die kleinen und mittleren Bauern begnügen sich mit dem geringsten Lebensbedarf. Es ist erschütternd, wenn nach neuen Berechnungen Sachverständiger Bauernfrauen im Jahre fast 4000 Stunden arbeiten und wenn der Ertrag ihrer Arbeit in ungünstigen Fällen einem Stundendienst von nur etwa 10 Pfennigen gleichkommt.

Die Lage der Landwirtschaft kann sich nur bessern, wenn ihre Einnahmen steigen. Auf der letzten Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Münster wurde dies überzeugend nachgewiesen. Die Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen der Landwirtschaft muß allmählich verschwinden. Die starken Schwankungen der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse müssen mehr und mehr vermieden werden.

für die Nachfrage der starken Preischwankungen sind die Verhältnisse auf dem Schweinemarkt bezeichnend. Preistiefsstände mit 50 RM. für den Zentner haben gewichtete wechseln mit Höchstpreisen von weit mehr als 80 RM. in ziemlich rascher Folge. Es liegt nahe, daß der Bauer bei guten Preisen die Zucht vermehrt und sie bei schlechten vermindert. Aber gerade dadurch trägt jeder einzelne zu der ungefährten Preisbewegung bei. Mitte 1929 betrug der Schweinebestand nur etwa 16½ Millionen. Steigt die Zahl wieder auf 22½ Millionen, den Stand von 1927, dann müssen die Preise stark heruntergehen.

Schon dieses Beispiel zeigt, daß Angebot und Nachfrage auf den innerdeutschen Märkten für die Preisbildung in erster Linie entscheidend sind. Aber auch der Weltmarkt bedroht die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Bessere klimatische Verhältnisse, billigere Lebens- und Arbeitsbedingungen, weitgehende Derversion rationell arbeitender Maschinen und vorbildliche Marktorganisation ermöglichen es dem Auslande, seine Waren in vielen Fällen wesentlich billiger nach Deutschland einzuführen, als sie im Inlande hergestellt werden können. Die Landwirtschaft erfrebt deswegen einen möglichst weitgehenden Zollschutz, während die Verbraucher von Zollerhöhungen eine starke Versteuerung ihrer Lebenshaltung fürchten. Wie bei allen Gegensätzen dieser Art wird eine gefundene Mittellinie gefunden werden müssen, die beiden Interessen im Rahmen der gesamten Wirtschaftslage Rechnung trägt.

Starke Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion sind möglich und nötig. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß allein schon durch Steigerung der Erzeugung auf den Gebieten der Molkereiwirtschaft und der Geflügel- und Eierproduktion die Rentabilität der Landwirtschaft wiederhergestellt werden könnte.

Voraussetzung hierfür ist aber die Aufnahmefähigkeit der breitesten Massen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der arbeitende Mensch verzehrt wesentlich mehr als der Arbeitslose, schon weil dessen Körperfieber geringer ist. Wer auf Wohlfahrtsunterstützung, also lediglich die Gewährung des dringenden Notbedarfs, angewiesen ist, verzehrt weniger als der Arbeitslose, der für sich und seine Familie Unterstήlung erhält.

So zeigt sich die starke Abhängigkeit der Landwirtschaft im Absatz ihrer Erzeugnisse von dem Schicksal der unteren Erwerbszweige und Bevölkerungsschichten.

Zur Linderung der Not der Landwirtschaft hat die öffentliche Hand helfend eingegriffen. Sie unterstützt die Bemühungen, die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu

heben, durch Maßnahmen der Handelspolitik und durch Zollregelungen sowie durch Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Erzeugung und des Absatzes. Sie sucht die öffentlichen Kosten, die auf der Landwirtschaft ruhen, und die privaten Zinsverpflichtungen nach Möglichkeit zu mildern. Umschuldungsfriede, die sie gibt oder vermittelt, ermöglichen es, die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in dauernde Belohnungen umzuwandeln. In der Provinz Ostpreußen, die durch ihre Abtrennung vom übrigen Deutschland im besonderen Maße der Fürsorge des Reiches und Preußens bedarf, sind diese Hilfmaßnahmen gesteigert und durch weitere ergänzt worden.

Die Sorgen des Berufsstandes sind auch hier allgemeine Sorgen, zu deren Erleichterung geschieht, was bei der ungünstigen Lage der öffentlichen Finanzen irgend geschehen kann. *

Nicht immer wird ausreichend gewürdigt, daß die Geldmittel des Staates wie seine Machtmittel begrenzt sind, und daß deswegen auch als wirtschaftlich notwendig erkannte Ziele häufig nicht ausreichend gefördert werden können. Gerade die Notlage der Landwirtschaft zeigt dies deutlich. Könnten mit öffentlichen Mitteln ihre Schuldenlasten weiter erleichtert und Siedlungen und Meliorationen über das jetzt gegebene Maß hinaus bedacht werden, so würde dies das ganze Wirtschaftsleben anregen und befriedigen.

Die Lage der öffentlichen Finanzen aber ist, wie bekannt, außerordentlich schwierig. Mit äußerster Mühe kann der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeigeführt werden.

Von der Gestaltung der öffentlichen Finanzen hängt nicht nur ab, in welchem Maße dringende allgemeine wirtschaftliche Ziele unterstützt werden können, noch wichtiger für alle ist die Frage, wie schwer jeder einzelne, jeder Betrieb, jeder Berufsstand unter dem Steuerdruck zu leiden hat. Jeder ist dadurch insbesondere auch auf das nächste an der Frage interessiert, wie die Kriegsschulden geregelt werden. Sie sind ja die schwere Last des Reiches, nicht nur wegen ihrer Höhe, auch deswegen, weil sie als Tribut an die Gegner im Weltkriege schmerzlich empfunden werden.

Es geht aber nicht an, die für die wirtschaftliche Zukunft des Volkes entscheidende Frage der Kriegsschuldenregelung aus gefühlsmäßiger Einstellung heraus zu beurteilen. Kalte rechnerische Erwägungen sind allein am Platze. Der bekannte bayrische Bauernführer Heinrich noch immer recht, wenn er sagt, die Kriegsschulden durch ein Gesetz bestraft zu wollen bedeutet selbsterliebliche Verordnung: Vom 1. Oktober ab ist die Maul- und Klauenpeste abgeschafft.

Wirtschaftlich gesehen, steht Deutschland vor der Wahl, ob es die Neuregelung der Schulden mit den Erleichterungen annehmen will, die sie bringt, oder ob es die schweren Gehabten eines Zusammendrucks auf sich nehmen soll.

In der Notlage, in der sich Deutschland befindet, ist es schon von Wert, wenn sich die Hoffnungen an die Sieger des Weltkrieges im nächsten Jahrzehnt um jährlich 500 bis 700 Millionen mindern, wenn die Sonderbelastungen von Industrie und Landwirtschaft fallen, wenn Reichsbahn und Reichsbank wieder freiem Einstrom entzogen werden und wenn die verschiedenen Finanzkontrollen ihr Ende erreichen. Es sollen keine Berichte des Reparationsagenten mehr veröffentlicht werden, die durch scharfe Kritik an den deutschen finanziellen Zuständen Wirtschaftsleben und Börse beeinträchtigen. Der Wohlstandsindex soll bestätigt werden, der das natürliche Wachstum des Volkes und seinen deswegen vermeintlichen Verbrauch als Ansicht gesetzelter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ansieht. Aus dieser unrichtigen Auffassung würde er die jährlichen Kosten über 2,5 Milliarden hinaus in die Unendllichkeit steigen können. Endlich soll die Schuld nur zeitlich und in ihrer Höhe begrenzt werden, während sie bisher in beiden Richtungen keineswegs festgelegt war. Wie schwer auch die Belastung zweier Generationen mit Recht empfunden wird, nun soll wenigstens eine Kette vereinbart werden, die für alle Zukunft als die äußerste Grenze der Leistungen gelten wird.

Welches wären nun die Folgen einer Ablehnung des Youngplans?

Deutschland ist an das Ausland mit etwa 7 Milliarden kurzfristig und mit 7,5 Milliarden langfristig verschuldet. Wohl die Mehrzahl der Geldgeber würde die Darlehen für gefährdet halten, sie würden sie so bald wie möglich aus Deutschland zurückziehen. Die Wirkungen lassen sich leicht übersehen. Bei dem drückenden Kapitalmangel in Deutschland wäre kein ausreichender Ersatz zu schaffen. Die Reichsbank müßte zum Schutze der Währung ihre Kredite auf das äußerste einschränken. Eine unüberschaubare Zahl von Betrieben würde zum Erliegen kommen oder wenigstens wegen unzureichender Betriebsmittel nur eingeschränkt weiter arbeiten können. Das Heer der Arbeitslosen würde ins ungemeine wachsen. Alle Berufsfelder würden in Mitleidenschaft gezogen. Eine geregelte Fortführung des Wirtschaftslebens wäre unmöglich oder doch zum mindesten auf das äußerste gefährdet, schwere Notlagen und innere Unruhen wären die Folge.

So ist die Stellungnahme zum Youngplan auch wirtschaftlich die Schicksalsfrage für das deutsche Volk.

Das troz mancher Fortschritte doch noch im höchsten Grade geschwächte Deutschland darf keiner solchen Katastrophe zutreten. Es braucht eine ruhige Entwicklung, wenn auch unter schwersten Kosten. Es braucht vor allem den Kredit des Auslandes, um seine Aufbauarbeiten fortzusetzen.

Kredit im weitesten Sinne ist Vertrauen. Ohne dieses Vertrauen lebt das Ausland keine Gelder dar. Ohne Vertrauen auf die Zuverlässigkeit und die kaufmännischen Fähigkeiten der Deutschen wird sich das Ausland auch nicht an deutschen Unternehmungen durch Aktienkauf oder in anderer Weise beteiligen. Ohne Vertrauen in eine normale Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft wird das Ausland im allgemeinen auch keine deutschen Betriebe kaufen und weiterführen. An diesen drei Arten der Betätigung ausländischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft besteht ein starkes allgemeines Interesse.

Die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für deutsche Anleihen ist begrenzt. Mit Recht wird deswegen gefordert, daß die Anleihen vor anderen den Vorrang haben, die in der wirtschaftlich wichtigsten und aussichtstreichen Welt verwendet werden.

Die Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen wird verschieden beurteilt. Die einen halten sie für erwünscht, die anderen für bedenklich. Sie fürchten die Überfremdung, die übermäßige Einflußnahme des Auslandskapitals auf die deutsche Wirtschaft.

Es ist schwer, in dieser Frage allgemeingültig Stellung zu nehmen. In jedem einzelnen Falle werden die Verhältnisse verschieden liegen. Eine Beteiligung fremden Kapitals, die zur vollen Ausnutzung oder zur Erweiterung deutscher Anlagen führt, wird zu begrüßen sein. Es schafft den Arbeitslosen neue Arbeitsgelegenheit und bringt zufälligen Verdienst ins Land. Das Vertrauen des Auslands in Deutschlands Zukunft, das sich in der Beteiligung auspricht, ist zur weiteren Festigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und damit seiner Zukunftsaussichten wertvoll.

Diese Verknüpfung des ausländischen Unternehmerschafis mit der deutschen Wirtschaftsentwicklung tritt noch stärker in die Erdeinein, wenn deutsche Unternehmungen in fremde Hände übergeben. Es ist nicht unmöglich, daß sich diese Tatsache gelegentlich für Deutschland günstig auswirkt. Im allgemeinen aber ist jeder Verkauf deutscher Unternehmungen an das Ausland im nationalwirtschaftlichen Sinne zu beklagen. Der Unternehmergewinn fließt nicht ins Ausland. Die Gefahr ist ernst zu nehmen, daß der Ausländer bei ungünstiger Entwicklung der Verhältnisse deutsche Betriebe rascher abschneidet als der deutsche Unternehmer.

Die Rationalisierungsmassnahmen bedeuten eine wesentliche Stärkung der deutschen Kreditfähigkeit im Auslande. Die Riesenunternehmungen der Industrie und die starke Zusammenballung von Bankkapital bieten dem Ausland bei der Kreditbildung gute Sicherungen, die Einzelunternehmungen in gleichem Maße kaum bieten können.

Für den deutschen Kredit im Auslande schädigend wirken dagegen Zusammenfälle der größeren Stils, die auf mangelndes Verantwortungsbewußtsein der leitenden Persönlichkeiten zurückzuführen sind.

Besonders stark aber wird das Inland dadurch beeinträchtigt. Es vergeht ja kaum ein Tag, an dem nicht die Presse Tatsachen meldet, die auf den allgemeinen Stand der Geschäftsmoral und damit der Kreditwürdigkeit außerordentlich ungünstige Schlaglichter werfen.

Es ist wirklich ein Problem, wie diesem Übelstand entgegengewirkt werden kann. Den einzelnen und die Allgemeinheit belastet und gefährdet er auf das schwerste.

Es konnte nur versucht werden, in großen Zügen auf die gegenwärtig wichtigsten volkswirtschaftlichen Tagesfragen und ihre Zusammenhänge hinzuweisen. Um sie näher zu erfassen, bedarf es eingehender Darlegungen. Vielleicht aber tragen diese Ausführungen doch dazu bei, zum Nachdenken darüber anzuregen, wie eng jeder einzelne mit dem wirtschaftlichen Schicksal aller verbunden ist, und wie er nicht nur an seinem, sondern auch an dem Losse des Zeitgenossen ein gutes Teil von Mitverantwortung trägt.

Die ersten zehn Jahre der deutschen und der französischen dritten Republik.

Von Karl Schwenemann.

Die Geschichte der beiden Nationen, deren Verhältnis so oft die Geschichte Europas bestimmt hat, der deutschen und der französischen, lädt immer wieder zu vergleichender Betrachtung ein. Sie liegt den Deutschen vielleicht weniger als den viel stärker in ihrer Geschichte wurzelnden und aus ihr Maßstäbe des Denkens und der Kritik ziehenden Franzosen. In Frankreich hat man die Entwicklung Deutschlands während der ersten zehn Jahre der deutschen Republik immer wieder unter dem Gesichtspunkt der Geschichte der dritten französischen Republik betrachtet und daraus allerdings oft recht falsche Schlüsse auf deutsche Ereignisse gezogen. Diese Irrtümer können dem nicht vermunderlich erscheinen, der sich der liegenden Verschiedenheiten zwischen dem Frankreich von 1871 bis 1881 und dem Deutschland von 1919 bis 1929 bewußt ist. Da sind zunächst die Unterschiede der Rasse und des Temperaments, die Unterschiede der sozialen Struktur, der Dauer des Krieges und seiner Wirkungen, aus dem die Nation sofern hervorgegangen war, schließlich eine Differenz von fünfzig Jahren weltpolitischer, wirtschaftlicher und allgemein geistiger Entwicklung.

Die dritte Republik war ein Glied in einer höchst wechselseitigen Reihe von Ver-

fassungen, die Frankreich seit 1789 gehabt hatte und während deren sich nur ganz allmählich eine Evolution im Sinne der Republik und parlamentarischer Zustände vollzogen hatte. Es gab kaum eine Arbeiterbewegung, das Land war überwiegend agrarisch und die Industrialisierung erst in den Anfängen; all das ganz anders in Deutschland nach dem Weltkriege.

Und doch bieten die ersten zehn Jahre der dritten französischen und der deutschen Republik manigfache Vergleichspunkte. Sie waren hier wie dort erfüllt von heftigen Auseinandersetzungen über die Staatsform, über das System und über dessen Gestaltung und praktische Verwirklichung. Freilich der Ausgangspunkt war in Frankreich für die Republik weniger günstig. Die Nationalversammlung, wie sie sich aus dem noch während des Waffenstillstandes sozialen Wahlen ergeben hatte, war zu zwei Dritteln monarchistisch geworden. Sie beschloß die Republik nur als ein Bebelsmittel und wählte 1873 den bekannten Führer im vorhergehenden Kriege, MacMahon, zum Präsidenten mit der deutlichen Absicht, ihn als Plazhalter des Königs zu benutzen. Die noch heute gültige Verfassung in Frankreich vom Jahre 1875 wurde

von einer monarchistischen Kammer mit einer Stimme Mehrheit beschlossen. Während der ersten fünf Jahre der Republik waren die in sich gesplitteten monarchistischen Kräfte eifrig am Werke, um die Monarchie wiederherzustellen. Es gelang ihnen, sich auf den legitimistischen Kandidaten, den Grafen von Chambord, zu einigen, und wenn dieser nicht im letzten Moment über die Abstimmungsfrage die Verhandlungen hätte zum Scheitern kommen lassen, wäre die Monarchie tatsächlich wieder hergestellt worden. Als die Verfassung von 1875 schließlich eine Mehrheit fand, nicht zuletzt weil viele Monarchisten angesichts der Haltung des Grafen von Chambord eine baldige Wiederherstellung der Monarchie nicht mehr erhofften, da trat der Präsident Mac-Mahon der Durchführung der Republik als demokratisch-parlamentarische Staatsform in den Weg. Jetzt ging der Kampf um die Frage: Soll der Präsident der Republik oder das Parlament der Träger der Staatsmacht sein? Der Präsident forderte das Recht der Ernennung des Ministeriums, das seine Politik durchzuführen hätte, während die Kammer nur eine nebensorgorone Macht haben sollte. Im Hintergrund stand der Gedanke einer Verfassungsrevision, wenn das Septennat des Präsidenten im Jahre 1880 zu Ende wäre. Bekanntlich führte der Konflikt zur Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen, die eine große republikanische Mehrheit brachten. Mac-Mahon, der zuerst an einen Staatsstreich gedacht hatte, beugte sich und legte nach der Weltausstellung von 1878 sein Amt nieder. Damit war die Frage Republik oder Monarchie entschieden, und nun schritten die Republikaner trocken noch im Senat vorhandenen monarchistischen Mehrheit an die praktische Durchführung des republikanischen Programms durch Erlass von Gesetzen über Aufklärungsfreiheit, Pressefreiheit, Rosenlosigkeit des Volksunterrichtes und anderes mehr. Bald folgten die Kämpfe um die Schule. Aber nach etwa zehn Jahren entschlossene republikanische Entwicklung trat der Boulangismus auf, eine politische Bewegung, die durch eine merkwürdige Doppelkämpfung innenpolitischer und außenpolitischer Umstände gleichzeitig ein Angriff auf die Staatsform und auf den europäischen Frieden war. Der Boulangismus, der sich als revisionistische Partei aufstellt, wollte die parlamentarische Republik bestitzen und das persönliche Regiment des Präsidenten in ähnlichem Sinne herstellen, wie es sich Mac-Mahon gedacht hatte, wobei sich die konserватiven und klerikalischen Kreise, die Bourbons finanzierten und stützten, ganz klar waren, dass das Endziel die Monarchie sei. Mit dem Boulangismus war der letzte große Angriff gegen die Republik abgeschlagen. Bald darauf begann jene Bewegung, die man das Rallentement nennt, die Veröhnung der Katholiken mit der Republik als Staatsform, befördert und gutgeheissen durch die weitsichtige Politik des Papstes Leo XIII.

Stellt man neben die zehn Jahre der dritten französischen Republik den gleichen Zeitraum der deutschen, so ist zunächst der Ausgangspunkt völlig verschieden. In Deutschland ging aus dem Umsturz eine Verfassung hervor, die das parlamentarisch-demokratische Prinzip mit Konsequenzen zum Ausdruck bringt. Denn die deutsche Nationalversammlung war zum Unterschied von der französischen des Jahres 1871 in großer Mehrheit republikanisch. Die deutsche Verfassung verzichtet auf ein Oberhaus, wie es der französische Senat darstellt. Sie enthält keinerlei Zweideutigkeit über

den Charakter der deutschen Republik. Andererseits war die Lage Deutschlands unvergleichlich ungünstiger als die Frankreichs nach 1871, so verschieden wie der Frieden von Verdailles von dem von Frankfurt, so verschieden wie Dauer und Mag der Opfer des Weltkrieges und des Krieges von 1870-1871. Die Gefahren für die deutsche Republik kamen direkt oder indirekt hauptsächlich von außen, während die französische von solchen Gefahren verschont blieb. Soweit von Seiten des Siegers ihr gegenüber überhaupt eine Einwirkung erfolgte, geschah sie zu ihren Gunsten. Bismarck hat nie die antirepublikanischen Kräfte in Frankreich unterstüttet, sondern war der Meinung, dass jede monarchistische Restauration die Revanche stärken und den Frieden bedrohen würde. Seinen Botschafter in Paris, von Arnim, hat er gegenstellende Bemühungen ja auch mit aller Schwere bühen lassen. Vor allem aber misbrauchte Bismarck den Sieg nicht, um den französischen Staat zu bedrohen. Wie anders die Politik der Alliierten und besonders der Freikorps des jungen deutschen Kaiserreichs gegenüber! Man braucht nur die drei Worte: Separatismus, Ausrufung und Inflation auszu sprechen, um die ungeheurelichen Bedrohungen zu erkennen, denen der deutsche Staat von außen der ausgesetzt war. Aus den Folgen des Krieges und des Friedens ergaben sich denn auch zunächst die Kämpfe und Schwierigkeiten der deutschen Republik als Staatsform. Hatte Frankreich den Aufstand der Kommune erlebt, so sah die deutsche Republik der Weltbewegung des Kommunismus und Bolschewismus gegenüber, und das bei Hunger und Not, Arbeitslosigkeit und Auflösung des Reservearmees! Die deutsche Republik war nicht wie die französische nur vom Monarchismus bedroht oder von dessen Vorhufe, dem autoritären Regime des Präsidenten, sondern sie musste während der ersten Jahre ihres Bestehens den Weg zwischen dem Stylus der Diktatur des Proletariats und der Charybdis der Militärdiktatur bzw. der monarchistischen Restauration hindurchfinden. Die eine unterlag bei den Kämpfen in den ersten Monaten 1919 und verschiedenen kommunistischen Aufständen der folgenden Jahre, die andere beim Kapp-Putsch und bei den verschiedensten Wahlen zum Reichstag. Aber immer, wenn die Parteien im Reichstag sich nicht einigen können, wenn Konsolidierung und Vereinigung herrscht, erschafft der Ruf nach der Diktatur, nach der Annexion und Ausbau des sog. Diktaturparagraphen 42 des Reichsverfassung und ähnliches. Dieser Ruf wird erheben von den Gegnern des parlamentarisch-demokratischen Regimes. Er hat denselben Sinn wie die Mac-Mahon-Kriege von 1870 bis 1877 und der Boulangismus von 1885 bis 1889 in Frankreich. Es ist der Ruf nach dem autoritären Präsidentenamt, die Verneinung des Grundsprinzips der Demokratie, nämlich der legislativen Macht der Volksvertretung und der Verantwortlichkeit des Minister vor dem Parlament darstellt. Es gibt noch andere Möglichkeiten des Ansturms gegen das Regime. Man kann versuchen, es zu distreditieren, es, wenn große und weittragende Entscheidungen zu fallen sind, zu verhindern. Aber fragt man sich, ob derartiges in Deutschland heute noch Aussicht auf Erfolg hat, so muss man die Frage wohl ohne weiteres verneinen. Welche größeren Gefahren können der deutschen Republik noch drohen als die, die sie schon überwunden hat? So wenig wie alle Unarisse auf die französische dritte Republik erfolgreich gewesen sind, so wenig wird das auch bei den noch in Gang befindlichen oder zu erwarten den Kämpfen um die deutsche Republik der Fall sein.

Politische Plakatkunst.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltet eine Ausstellung neuer politischer Plakate des In- und Auslandes. Als Dokumente politischer Dynamik sind



Engl. Wahlplakat. Phot. E. Trommsdorff
Der neue Wähler: Die guten alten!
Sind sie nicht lächerlich?

Politik veranstaltet eine Ausstellung neuer politischer Plakate des In- und Auslandes. Als diese auch über den Zeitpunkt ihrer beobachteten Wirkung hinaus interessant und aufschlussreich für die Art, wie die verschiedenen Völker an ihre Wählerschaft appellieren.

Die Entstehung des politischen Plakats liegt noch nicht weit zurück. Als seine Vorfäüre kann man wohl die politischen Zeitblätter, wie Punch in England, Gil Blas in Frankreich, Almanach des Bataillons und ähnliche Publikationszeitschriften ansehen. Diese waren mehr geistvoll satirisch und auf die gebildete Leserschaft eingestellt. Begleitet wurden schon früher, z. B. im Jahre 1848, einzelne illustrierte Flugschriften an die Mauern geschlagen, aber erst nach dem Krieg nahm die politische Plakatkunst ihren

großen Aufschwung. In den parlamentarisch-demokratisch regierten Ländern wurde sie ein wichtiges Instrument der Regierungen und



LE COMMUNISME
C'EST LA GUERRE PARTOUT
Französische Wahlplakat
Blut... Blut... Kommunismus heißt: Krieg überall
Phot. E. Trommsdorff

Parteien, um zu den Massen zu sprechen. Handelt es sich für die Regierungen meistens darum, das Volk in kritischen Situationen in allgemein verständlicher Form sachlich aufzuläutern, so kommt es den Parteien ausschließlich darauf an zu überreden und eine Meinungsbeeinflussung bei Wählern auszuüben.

So entstehen politische Plakate, indem sie ihre werbende Aufgabe erfüllen, zugleich die geistige und politische Situation eines Volkes. Deutlich ist der Unterschied zwischen den Plakaten der Länder mit altparlamentarischer Tradition und den erst neuherlich zum Parlamentarismus übergegangenen. Die Parolen der englischen Plakate sind selten

den Schutz der Kolonien gegen Bolschewismus und Kommunismus, während, wenn es für die "freie Schule für alle" eintritt. Trotzdem wirken die Plakate der letzten Kammerwahlen im ganzen doch ziemlich matt.

Zum Vergleich wurde eine kleine Auswahl deutscher Plakate ausgewählt, die im Gegensatz zu den englischen und französischen viel propagandistischer wirken und sofort erkennen lassen, daß es sich um die politischen Kämpfe eines parlamentarisch noch jugendlicheren Volkes handelt. Wenn plakatmäßig sind sie oft außerordentlich wirkungsvoll.

Weitaus der stärkste Eindruck geht von den russischen Plakaten aus. Hier



Deutsches Wahlplakat Phot.: E. Trommsdorf

zündend, spiegeln aber oft einen Humor, der an "merry old England" erinnert. Sie zeigen die großen Parteiführer — und diese werden von allen Parteien im Wahlkampf werbend herausgestellt — in immer neuen liebenswürdig-lächerlichen Situationen. Lloyd George und MacDonald bliesen wie verschmitzte Buben ihre Versprechungen als Seifenblasen in die Luft. Ein anderes, besonders reizendes Plakat zeigt den Befüriger eines englischen Eigenheims, der sich entsetzt gegen einen Kratz riesiger Nasen wehrt, die ihn rings umschußeln und die dem Engländer besonders unerträgliche Einnahme der Behörden in sein Privatleben im Falle der Sozialisierung hinnehmen darstellen.

Frankreichs wahr zuvor im allgemeinen eine elegante, etwas bürgerliche Haltung, verlor aber sein starker Temperament oft durch einen scharfen Sarkasmus. Es wird pathetisch, wenn es für



Deutsches Wahlplakat Phot.: E. Trommsdorf
Säß die kommunistische Jugend



Deutsches Wahlplakat Phot.: E. Trommsdorf

wirkt nicht eine Partei, sondern eine große, im Besitz der Macht sich befindende Volksmasse drängt ihren Willen auf. Hier zittert noch die Revolution, der Kampf gegen imperialistischen Krieg und für Weltrevolution, Maschinengewehre donnern, Bomber plötzlich — mit blutigen Fußstapfen wandert der Faschismus drohend über den Erdball. Bilder von unerhörter Blasphemie verhöhnen alle Religion, für die positiven Ideen werden Serien ganzer Statistiken und graphisch sorgfältig ausgearbeitete Tabellen.

Mit der fortgeschreitenden Teilnahme der Völker an der Regierung ihres Landes wird dem jungen Gebiet des Kunsterbes wahrscheinlich noch eine große Zukunft besprochen. Für die Wege, die dahin führen werden, bieten die von den Deutschen Hochschulen für Politik gezeigten Proben dem Politiker wie dem Künstler vielerlei Anregung.

C. Mayer.

Zur Zeitgeschichte

Ministerialdirektor Zehlin.

Ministerialdirektor Dr. Walter Zehlin, der Pressesekretär der Reichsregierung, wird am 25. November fünfzig Jahre alt geboren. Er dem Auswärtigen Amt an; in schneller und geschlossener Folge war er tätig an der Botschaft in Konstantinopel und beim Generalkonsulat in Kairo, Konfuzi in Saloniiki und Kairo, um im Jahre 1910 Geschäftsträger in Adis Abeba zu werden. Im Februar des Jahres 1914 ist er Geschäftsträger in Tanger, und im Mai des selben Jahres verwaltete er das Konsulat in Tetuan. Dort überraschte ihn der Krieg, in dessen Verlauf er, 1917 der Botschaft in Madrid beigeordnet wird. Nach Kriegsende ging Zehlin in die Berliner Zentrale zurück und trat in die Presseabteilung ein, die damals Ulrich Rauchfuß, dem heutigen deutschen Gesandten in Polen, unterstand. 1924 wurde er in der Presseabteilung Dirigent, 1926 Ministerialdirektor und damit politischer Leiter dieser ungemein wichtigen und einflussreichen Abteilung. Zu seinen Obliegenheiten gehört der tägliche Vor-



Transsean G. m. b. H.

trag über die Presse des In- und Auslandes beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler; er nimmt an den Kabinettssitzungen teil und ist so und auf jegliche andere Weise über die politische Lage und über die Abläufe der Regierung auf das Beste unterrichtet. Er berät die Regierung und die Regierung über die zu erwartende Auswirkung vorgesehener Maßnahmen in der Presse; der Presse selbst und deren Vertretern steht er jederzeit mit Auskunft und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Das außerordentlich gute Verhältnis, das zur Zeit zwischen der Presse und dem amtlichen Sekretariat besteht, ist nicht zuletzt auf die umfassende Tüchtigkeit Zehlin's zurückzuführen; er hat es verstanden, durch Objektivität und Offenheit sich das Vertrauen des maßgebenden Redakteure zu erwerben. Dabei schenkt er sich keineswegs, falsche Nachrichten und unzulängliche Anführungen der Zeitungen rücksichtslos und dem oft flöckenden Sensationsblütlis energisch entgegenzutreten. Die Fachleute sind sich darin einig, daß die Redung des journalistischen Niveaus, an der die großen deutschen Zeitungen aller Parteien gleichmäßig beteiligt sind, vorzüglich der einfachsten und vornehmsten Führung des jungen Pressesekretariats zu danken ist. Er steht zu Hunderten von Journalisten in ausgetriebenen kollegialen Beziehungen und hat nicht zuletzt das Ohr des Vertreters der auswärtigen Presse gewonnen. Im täglichen Verkehr auch mit diesen Herren hat Ministerialdirektor Zehlin manches Mißverständnis beobachtet und im Konferenzen durch seine Tätigkeit auf den großen internationalen Konferenzen viel für das Verständnis des Auslandes gegenüber Deutschland beigetragen.

„Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Vabanquespiel. Es sah nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiter zu leiten. Ich würde es für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn ich jetzt im Amt bliebe... Wenn Deutschland jetzt die Friedensbedingungen der Feinde annimmt, so ist der politische Erfolg, den dieses ungeheuerliche Opfer eintragen soll, die Beruhigung unserer äußeren Lage, die Entspannung der Hoff- und Rachegefühle, die Zurückziehung der feindlichen Truppen, die Abnahme wirklicher Friedensverhandlungen. Dieser Vorteil würde gefährdet, vielleicht gar preisgegeben, wenn die neuen Beziehungen von derselben Manne angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen der Gegner so scharf verworfen hat wie ich.“

21. Juni 1919.

Die in Scapa Flow internierte deutsche Flotte wird auf Befehl des Admirals Reuter von der deutschen Besatzung versenkt, damit sie bei dem als sicher angenommenen Wiederaustritt der Feindseligkeiten der Hand der Feinde entzogen ist.

21. Juni 1919.

Bildung des Kabinetts Bauer. Außenminister wird Hermann Müller.

Für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages treten das Zentrum und die Sozialdemokraten ein. Jedoch erlassen 15 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung: „Wir sind wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewallfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeitervolksschicht sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf die Durchführung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch um wirksame von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekennnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschuß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.“

22. Juni 1919.

In der Nationalversammlung gibt Reichsministerpräsident Bauer eine Regierungserklärung ab, in der er u.a. ausführt: „Und nun die erste Frage: ‚Wie steht das Kabinett ... zu dem Problem des Friedensschlusses? ... Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen ... eine helle Empörung den einzelnen und die Gesamtheit fortreibt. ... Aber wenn ich bei der Übernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage, Annahme oder Ablehnung, nicht zur Parole schleichen. Glauben Sie auf einer Seite nicht, daß die Befürworter der Ablehnung volksfremde Chauvinisten oder Interessenpolitiker seien, die einen Vorteil ihrer Klasse oder des Geldbeutels mit der Verweigerung der Unterschrift verfolgten. Glauben Sie auf der anderen Seite auch nicht, daß die Frauen und Männer, die sich nothgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme durchgerungen haben, feige oder schlapp seien und kein Gefühl für nationales Selbstbewußtsein hätten. ... Auf beiden Seiten stehen gewichtige Gründe, die kein verantwortlicher Mensch übersehen kann. ... Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewußt, daß die Zustimmung Ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, ... aber sie weiß ebenso, daß sie, trotz aller Verfrauenskundgebungen, vor Volk und Geschichte nur eine wahrhaft Rechtfertigung haben kann, wenn sie rückhalloß nach Prü-

fung der Sachlage und Verantwortung entscheidet und nicht nach Parolestimmungen schließt... Am Montagabend (23.) soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. ... In dieser Stunde auf Leben und Tod unter drohendem Einmarsch erhebe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages. ... Keine Unterschrift entkräfftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören. Ihr ‚Lebtes Wort‘ hat die Entente ihren Vorschlag vom 16. Juni genannt. ... Die Regierung muß dem Rechnung tragen, daß sie das Volk nicht in 48 Stunden von einer neuen Krise stellen kann, denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages, ein Nein wäre nur eine kurze Hinausschiebung des Ja. Unsere Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht.“

Mit 237 gegen 138 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen wird der Antrag angenommen: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.“ Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum, Unabhäng. Soz. und 6 Demokraten.

22. Juni 1919.

Gesandter v. Hamel überreicht Clemenceau eine Note des Ministerpräsidenten Bauer als Antwort auf das Ultimatum vom 16. Juni. Der wesentliche Teil der Note lautet: „Das deutsche Volk ... hat gegenüber der Haltung der all. und assoz. Regierungen keine andere Macht in der Hand, als die Berufung auf das ewige unveränderliche Recht eines selbständigen Lebens, das, wie allen Völkern, so auch dem deutschen Volke zusteht. ... Kein Volk ... wird dem deutschen Volke zumuten, einen Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Oidier vom Körper des deutschen Volkes ohne Befragen der in Beifahrts kommenden Bevölkerung losgelöst, die deutsche Staatshoheit dauernd verleiht und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. ... Wenn die Regierung der deutschen Republik gleichwohl bereit ist, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen, so geschieht dies nicht aus freiem Willen. Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Haltung dahin zu verstehen ist, daß sie der Gewalt weiche, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutsches Gebietes, einsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. ... Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhalloß Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit ... von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. (Daher Ablehnung der Folgen eintretenden Unvermögens) ... Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 231 ... der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt. Daraus folgt ohne weiteres, daß Deutschland es auch ablehnen muß, die Ableitung der ihm aufgebürdeten Belastung

aus der ihm zu Unrecht zugeschobenen Urheberschaft am Kriege anzuerkennen. Ebensoviel kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, ... Angehörige des deutschen Volkes ... den all. u. assoz. Mächten zur Aburteilung auszuliefern. Weiter legt die Regierung der deutschen Republik entschieden Verwahrung ein gegen die Wegnahme des gesamten deutschen Kolonialbesitzes und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Fähigung zur kolonialen Befähigung dauernd abspricht, obgleich das Oegenteil feststeht." Die Note endet mit dem Ersuchen, daß nachstehende Erklärung als wesentlicher Bestandteil des Vertrages angesehen werden solle: "Innerhalb zweier Jahre.... werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Mächte (Völkerbundsrat)... zwecks Nachprüfung unterbreiten. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die frei gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands behindert wird."

Die im Ultimatum vom 16. Juni geforderte Erklärung gibt die Note in folgender Form ab: "Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

22. Juni 1919.

Clemenceau antwortet auf die deutsche Note von diesem Tage: "... Die alliierten und assoziierten Regierungen haben alle bisher von der deutschen Regierung ... gemachten Bemerkungen ernstlich erwogen, sie haben mit aller Offenheit darauf geantwortet und haben die Zusändnisse gemacht, die zu machen sie für richtig hielten. Die letzte Note der deutschen Delegation bietet kein Argument und keine Bemerkung, die nicht schon von ihnen geprüft worden sind. Die all. u. assoz. Regierungen sehen sich daher genötigt zu erklären, daß die Zeit der Erörterung vorbei ist. Sie können keine Abänderung oder Vorbehalt annehmen oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung ihres Willens zu fordern, den Vertrag in seiner Gesamtheit, in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen oder seine Unterzeichnung und Annahme abzulehnen. Nach der Unterzeichnung halten die all. u. assoz. Mächte Deutschland verantwortlich für die Ausführung sämtlicher Vertragsbestimmungen."

23. Juni 1919.

Gesandter v. Haniel ersucht Clemenceau um eine Fristverlängerung von 48 Stunden.

Clemenceau lehnt eine Fristverlängerung ab.

23. Juni 1919.

Im Auftrage des Reichsausßenministers läßt Gesandter v. Haniel um 4.40 nachm. Clemenceau folgende Note zusenden: "Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der all. u. assoz. Regierungen mit Erschütterung gesehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltsakt wird die Ehre des deutschen Volkes

nicht berühr. Sie nach außen hin zu verleidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entseeligen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unehrliche Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den all. u. assoz. Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen."

24. Juni 1919.

Gesandter v. Haniel fragt bei Clemenceau an, wann die Verhandlungen über ein Abkommen befr. die beseigten rheinischen Gebiete beginnen können.

25. Juni 1919.

Clemenceau antwortet, daß zu Verhandlungen über das Rheinlandabkommen keine Veranlassung vorliege; das von den Alliierten vorgelegte Abkommen müsse gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden.

25. Juni 1919.

Clemenceau erklärt in einer Note an den Sandalen v. Haniel, daß die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow eine Verlegung des Waffenstillstandes sowie eine Vernichtung des übermittelten Pfandes und ein Zeichen ganz besonders schlechten Willens darstelle. Nach Beendigung der Untersuchung über alle Tatumstände würden die all. u. assoz. Mächte die ihnen zu stehende Reparation beanspruchen.

27. Juni 1919.

Die deutsche Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die in der Antwort der Alliierten vom 16. Juni enthaltenen, aber nicht in den Text des Vertrages aufgenommenen Zusagen der Alliierten in ein Schlusprotokoll aufgenommen werden.

28. Juni 1919.

Der Vertrag von Versailles wird im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles unterzeichnet. Nachdem die Vertreter der all. u. assoz. Mächte ihre Plätze eingenommen haben wird die deutsche Abordnung, geführt von den Reichsministern Hermann Müller und Dr. Bell, in den Saal geleitet. Hierauf leitet Clemenceau als Präsident der Friedenskonferenz den Akl mit folgenden Worten ein: "Meine Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Über die Bedingungen des Friedensvertrages zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und dem Deutschen Reich wurde eine Einigung erzielt. Der Text ist redigiert. Der Präsident der Konferenz bestätigt schriftlich, daß der zu unterzeichnende Text mit dem Text der den deutschen Delegierten übergebenen 200 Exemplare übereinstimmt. Die Unterschriften werden nun erfolgen. Sie stellen die unwiderrückliche Verpflichtung dar, alle festgesetzten Bedingungen loyal in ihrer Gesamtheit zu erfüllen. Unter diesen Umständen habe ich die Ehre, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, ihre Unterschrift auf dem mir vorliegenden Vertrage geben zu wollen." — Die Reichsminister H. Müller und Dr. Bell unterschreiben (13.12 Uhr nachmittags) als erste den Vertrag, das Protokoll und das Rheinlandabkommen. Hierauf unterschreiben der Reihe nach die Vertreter der gegnerischen Mächte. Kurz nach 4 Uhr ist die Unterzeichnung zu Ende. Clemenceau erklärt, der Friede sei geschlossen und hebt die Sitzung auf. Die deutschen Bevollmächtigten verlassen als erste den Saal.

Während der Unterzeichnung überreicht General Smuts (Südafrika) eine Prostekterklärung. Darin heißt es u. a.: "Ich habe den Friedensvertrag nicht deshalb unterzeichnet, weil ich nur für ein befriedigendes Dokument halte, sondern weil ... die Welt vor allem Frieden braucht." Der endgültige Frieden sei noch nicht geschaffen. Ein neuer Geist des Edelmuts und der Menschlichkeit werde „die Probleme lösen, die den Staatsmännern auf der Friedenskonferenz zu schwierig gewesen sind. Es sind territoriale Veränderungen getroffen worden, die eine

Revision erfordern; es sind Garantien festgesetzt worden, von denen wir hoffen, daß sie bald als nicht im Einklang mit der neuen friedlichen Stimmung und dem unbewaffneten Zustande unserer früheren Feinde stehend befunden werden; es sind Bestrafungen vorgesehen, die man bei ruhiger Stimmung vielleicht lieber mit dem Schwamme der Vergessenheit auswischen würde; es werden Entschädigungen

gefordert, die nicht ohne ernste Beeinträchtigung der industriellen Wiederherstellung Europas durchgesetzt werden können, und die erträglicher zu machen und zu ermäßigen, im Interesse aller liegen wird; es sind zahlreiche Nadelstiche vorhanden, die unter dem heilenden Einfluß der neuen internationalen Atmosphäre aufhören werden zu schmerzen . . ."

VII. Von der Unterzeichnung bis zum Inkrafttreten.

28. Juni 1919 bis 10. Januar 1920

29. Juni 1919.

Die Alliierten erklären sich bereit, die Blockade Deutschlands aufzuheben, sobald sie amtlich von der regulären und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland verständigt worden seien.

9. Juli 1919.

Die Nationalversammlung in Weimar berät die Ratifikation des Versailler Vertrages. Reichsaugäminister Müller: „Zum Friedensvertrag selbst haben Sie und wir bereits Stellung genommen. Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diese Vertrag gewordene Vergewaltigung. Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten . . . Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzügigen Marsch durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation. Wir haben sie . . . beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist . . . Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegnerischen Mächte unterzeichnet (ratifiziert) ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, dann haben wir ein zerstückeltes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der unserem Volke nach Sitten und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Unglück zu verhindern, wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben nie verleugnen werden.“ — Abg. Krätzig (Soz.): „Wir stimmen der Ratifikation zu aus denselben Gründen, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen . . . Wir protestieren gegen den Gewaltpfaffen . . . Wir werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß Elsaß-Lothringen unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts an Frankreich abgetreten werden müßt. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herren zwingt . . . Unzerrierbar bleibt das Bündnis mit Österreich und die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einen Einheitsstaat vereinigt werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme unserer Kolonien . . . Wer unser Volk als den Schuldigen am Krieg hinstellt, spricht eine wissenschaftliche Unwahrheit aus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen.“ — Abg. Dr. Spahn (Zir.): „Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluß hinaus verfolgenden Unversöhnlichkeit. . . . Wir stimmen froh dem Friedensvertrag zu. Es geschieht nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwang der Tatsache, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem inneren Untergang zu bewahren.“ — Abg. Dr. Schücking (Demokr.): „Meine Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann . . . Die Fraktion läßt sich . . . von der Erwögung leiten, daß aus der Annahme dieses Friedens dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen als aus der Ablehnung. Wenn

der Frieden nunmehr froh des Widerspruchs unserer Fraktion zustande kommt, so wissen wir uns doch einig mit dem ganzen Hause in seiner moralischen Verurteilung. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen die Verlegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, gegen alle die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages, die mit den uns zugesicherten und von uns vertrauensvoll angenommenen Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind . . .“ — Abg. D. Traub (Deutschn.): „Einmütig hat die deutsch-nationale Fraktion beschlossen, der Ratifizierung des vorliegenden Friedensvertrages zu widersprechen. Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt, gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab . . . Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein leerer Wahnsinn. Die Ehre ist alles.“ — Abg. Dr. Kahl (Dtsch. Volkspl.): „Meine Partei erklärt . . . daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag: sie wiederholt ihre Ablehnung in vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie damit vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volke übernimmt.“ — Abg. Henke (Unabh. Soz.): „Wir stimmen dem Friedensvertrag zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können.“ — Abg. Winnig (Soz.) legt im Namen der Abgeordneten des Ostens, Abg. Allekotie (Zir.) namens der Abgeordneten des Westens, Abg. Waldegrave (Demokr.) für die Abgeordneten Schleswig-Holsteins, Reichstagspräsident Fehrbach für die Elsaß-Lothringer Verwahrung ein gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Die Nationalversammlung stimmt mit 208 gegen 115 Stimmen der Ratifizierung zu.

Reichspräsident Ebert unterzeichnet die Urkunde über diesen Beschuß der Nationalversammlung.

10. Juli 1919.

Der Vorsitzende der deutschen Abordnung in Versailles Frhr. v. Lersner teilt Clemenceau mit, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde des Versailler Vertrages nach erfolgter Zustimmung der Nationalversammlung unterzeichnet habe.

12. Juli 1919.

Die Blockade Deutschlands wird aufgehoben.

13. Juli 1919.

England und Frankreich einigen sich über die Aufteilung der deutschen Kolonien Togo und Kamerun. Frankreich erhält dabei zwei Drittel von Togo und vier Fünftel von Kamerun.

18. Juli 1919.

England und Belgien einigen sich über Deutsch-Ostafrika. Belgien tritt an England einen Teil des Kongostaates am Tanganjikasee ab und erhält dafür einen Teil von Deutsch-Ostafrika. Durch diesen Tausch sichert sich England die Verbindung Kairo-Kapsstadt.

29. August 1919.

Eine Note des Obersten Rates der Alliierten teilt den Beschuß mit, „den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudulden. Die Vorbereiungen zum Rücktransport werden sofort beginnen... Die alliierten und assozierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung... nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

30. August 1919.

Nach dem Versailler Vertrag muß Deutschland im ersten Jahr 43 Millionen Tonnen Kohlen (430 000 Waggons zu 10 t) liefern. Verhandlungen deutscher Sachverständiger enden damit, daß die Alliierten ihre Forderung auf 20 Mill. Tonnen herabsetzen unter der Voraussetzung, daß Deutschland sofort mit den Lieferungen beginnt. — Die deutsche Gesamtförderung befrug damals 108 Mill. Tonnen.

30. August 1919.

Im Ausschuß für Ausw. Angelegenheiten des amerikanischen Senats fordert Senator Knox, daß die Ver. Staaten es ablehnen sollen, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Durch seine harten und grausamen Bedingungen lege der Vertrag Deutschland Strafen auf, die die internationale Geseze verletzen. Der Friedenszustand trete ja doch ein, sobald drei Großmächte den Vertrag ratifiziert hätten. Die Ver. Staaten sollten ihren eigenen Frieden schließen, gegenüber Deutschland auf alle Entschädigungsansprüche verzichten und auch jegliche Teilnahme oder Mitgliedschaft an den im Versailler Vertrag vorgesehenen Kommissionen und Ausschüssen ablehnen.

Die Rede des Senators Knox ist nur eines der vielen Anzeichen einer zunehmenden Gegnerschaft gegen die Ratifizierung des Vertrages durch die Ver. Staaten.

1. September 1919.

Die ersten deutschen Kriegsgefangenen treffen in Köln ein.

2. September 1919.

Clemenceau erklärt namens der Alliierten, daß Art. 61 Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung, der die Teilnahme Österreichs am Reichsrat vorsehe, eine förmliche Verleihung des Art. 80 des Versailler Vertrages darstelle. Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen droht er mit sofortiger Ausdehnung der Besetzung auf dem rechten Rheinufer, falls Deutschland nicht binnen 14 Tagen den Art. 61 Abs. 2 für kraftlos erkläre.

5. September 1919.

Die deutsche Regierung antwortete auf Clemenceaus Note vom 2. September: Eine Änderung der Reichsverfassung sei nicht erforderlich, da ihr Art. 178 die Wirksamkeit aller dem Versailler Vertrag widersprechenden Bestimmungen ausschließe. Die Drohung mit der Ausdehnung der Besetzung entbinde der rechtlichen Stütze und stelle einen hilfesuchenden Gewaltakt dar.

12. September 1919.

In einer sehr ironisch abgefaßten Note zur Frage des österreichischen Anschlusses fordert Clemenceau nicht mehr die Änderung der Reichsverfassung, sondern eine protokollarische Erklärung, in der die deutsche Regierung erkennt, daß alle dem Versailler Vertrag widersprechenden Vorschriften der Reichsverfassung ungültig sind, „daß demzufolge der Abs. 2 des Art. 61 der erwähnten Verfassung ungültig ist, und daß namentlich die Zulassung österr. Verlierer zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Art. 80 des Friedensvertrages der Völkerbundsrat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreich zugestimmt haben wird.“

18. September 1919.

In der Anschlußfrage erklärt sich die deutsche Regierung bereit, die von ihr geforderte Erklärung zu Protokoll zu geben. Gleichzeitig weist sie in alter Schärfe den Ton der Noten Clemenceaus als den internationalen Gepflogenheiten nicht entsprechend zurück. „Die Tatsache, daß Deutschland den Krieg verloren hat, gibt seinen Gegnern nicht das Recht, sich einer Sprache zu bedienen, die den Zweck haben soll, Deutschland vor aller Welt zu verleghen.“

6. Oktober 1919.

Italien ratifiziert den Versailler Vertrag.

10. Oktober 1919.

Großbritannien ratifiziert den Versailler Vertrag.

14. Oktober 1919.

Frankreich ratifiziert den Versailler Vertrag.

3. November 1919.

Clemenceau übersendet dem Vorsitzenden der deutschen Delegation in Versailles a) eine Note vom 1. November an die deutsche Regierung, b) den Text eines zwischen Deutschland und den Alliierten zu unterzeichnenden Protokolls.

Die Note hat folgenden Inhalt: Nach dem Versailler Vertrag (Art. 440) solle ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationen errichtet werden, sobald Deutschland und drei alliierte und assozierte Hauptmächte den Vertrag ratifiziert haben. Diese Bedingung sei erfüllt, da Großbritannien, Frankreich und Italien den Vertrag ratifiziert hätten. Ferner hätten Belgien, Polen und Siam ratifiziert. Es sollte daher in Paris ein Protokoll aufgenommen werden. — Der Versailler Vertrag bestimme ferner, daß vom Tage des ersten Protokolls ab der Vertrag zwischen den Mächten, die ihn ratifiziert haben, in Kraft trete, und daß für die Vertragsfristen dieser Tag als der Tag des Inkrafttretens gelte. „Die alliierten und assozierten Regierungen haben beschlossen (II), den Vertrag nicht in Kraft treten zu lassen, ehe die Aufführung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt sind, geregelt und bestimmt ist. Die deutsche Regierung wird daher gebeten, dem zur Unterzeichnung des über die Niederlegung der Ratifikationen ermächtigten deutschen Vertreteris unbeschränkte Vollmacht zu geben zur Unterzeichnung des Protokolls, dessen Abschrift beilegt, und welches ohne weiteren Aufschub diese Regelung vorsieht.“

Der Text des Protokolls lautet: „Als die erste Niederlegung der Ratifikationen des Friedensvertrages stattfinden sollte, ist festgestellt worden, daß die nachfolgenden Verpflichtungen, welche Deutschland sich durch das Waffenstillstandsabkommen und die Ergänzungsbestimmungen zu erfüllen verpflichtet hatte, nicht oder nicht ganz erfüllt sind.“ Nachdem das Protokoll diese Verpflichtungen im einzelnen aufgeführt hat, fordert es von Deutschland als Strafe für die Verenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und für die Zerstörung einiger U-Boote die Auslieferung von 5 leichten Kreuzern und von Schwimmdocks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggers mit insgesamt 400 000 t, ferner eine genaue Liste aller deutschen Schwimmdocks, Schwimmkräne, Schlepper und Baggers, die Auslieferung der Maschinen und Motoren von 3 U-Booten und die Bezahlung des Wertes des ins Ausland verkauften Luftschiffahrtmaterials. Das Protokoll schließt: „Sobald Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehenen Fristen (10, 60 und 90 Tage) nicht nachkommen sollte, behalten sich die all. u. assoz. Mächte vor, alle militärischen und anderen Zwangsmäßignahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten.“

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreichs, dessen Regierung die politische Wendezeit der Nation eingeleitet hat, ist nun dem Fürstentum Baden, dem Kanzler auf dem Höhepunkt deutscher Verteidigung, schnell und plötzlich im Tode gefolgt. Prinz Max übernahm das schwere Amt in dem Augenblick, als die deutsche Niederlage und damit die schwere innere und äußere Krise des Reiches schon unvermeidlich war. Seine geschichtliche Erfcheinung konnte daher nicht mehr auf Leistung beruhen, sondern nur auf dem Mut des letzten Versuchs. Ein idealistisch reiner Mensch, bereit sich selbst zum Opfer zu bringen, ein Mann, der sich nicht vor eingewurzelten Vorurteilen schüttet, sondern mit dem Willen zu einer Staatsmoralischen Erneuerung den traditionellen öffentlichen Vorstellungen die Spitze bietet. Auch ein Stärkerer als er wäre an der Aufgabe gescheitert, die kriegerische Welt zu verböhnen und die schwerre innere Kläffung Deutschlands zu überbrücken.

Prinz Max übernahm ein unfreiliches Amt. Er sollte um Waffenstillstand, um Frieden bitten, als die militärische Leitung nicht einmal mehr ein Remis herbeiführen konnte. Und er sollte dem Reiche, das bisher Sudendorff gesetzt war, in jüngster Freiheit die Demokratie bestreiten. Dieser Kanzler eines vom Chaos umlauerten Landes, dem man die Volfsfreiheit verordnen wollte, war ein — Thronfolger, Vetter des Kaisers, General. Das hinderte ihn nicht an einem ehrlichen Liberalismus, der freilich gleichzeitig zu spät und zu fehl kam. Er selber hatte sich zum „ethischen Imperialismus“ befannnt, Kreuzrittergedanken hoffnungsvoll aufklingen lassen. So glaubte er auch noch an den „Sieg des Guten“, an das „Weltgewissen“, als er die lebte Scheinbeherrschung in der alten Wilhelmsfröhe antrat. Mag von Baden wollte die Monarchie als Volksfürstentum retten. Es ist eine falsche, vor der Geschichte unhaltbare Unterstellung, dass man ihn der Treulosigkeit gegenüber seinem fälscherlichen Herrn beschuldigt. Vielmehr ging er gerade in der kritischsten Stunde in seiner Furcht zu weit, wollte den Träger der Krone zu lange vor dem entscheidenden Schritt demahlen. Es fehlte ihm nicht an Einfühlung, aber er schwante, bis sich alles auslöste. Wer den dynamischen Zwiespalt jener Unbeschworenen im Oktober-November 1918 kennt, wird ihm über faun einen Vorwurf machen dürfen. Wer inmitten einer solchen Wende nach allen Seiten loyal sein will, wird in den Verwicklungen der ringenden Kräfte hängenbleiben.

Der Prinz-Kanzler kämpfte zunächst mit edlem Pathos gegen die Unterwerfung Deutschlands, gegen ein Siegerkultus. Aber jeder Tag seiner fünfmonatigen Kanzlerschaft brachte für ihn neue Enttäuschungen. Schließlich rückte sich sein Streben nur noch auf die Verhindering des inneren Aufzugs. Aber wie es ihm nicht gelangte war, er stand nicht mehr die volksstaatliche Entwicklung. So endete er politisch als eine tragische Figur zwischen zwei Zeitaltern.

Man hätte gerade diesem edlen, älterlichen Manne, diesem noblen Patrioten eine schlichte öffentliche Rolle gewünscht. Sein Herz voll Begeisterung und Mitleid durste keine Freude entrichten. Als er in die Stille seines Lebensabends zurückging, verjüngte ihn Mifachtung gerade des Kreises, denen er entstammte. In seinem Buche „Erinnerungen und Dokumente“ hat er ein klares, gewissenhaftes Bild jener schlimmen Tage gezeichnet. Die Unbedarfenen haben sich freilich auch von ihm nicht belehren lassen. Seine schwache Gesundheit hat die Katastrophe seiner Ideale nicht mehr überwunden, und so hat er auch kein biblisches Alter erreicht. Wenn ihm sein Vaterland auch nur wenig Positives zu danken hat, so wird sie doch über sein Grab hinaus die wahren Vaterlandsfreunde, diese selbstlosen Edelmannen ehren.

Schulz-Pfaelzer.

Kriegsgräberfürsorge.

Es gehört zu den edelsten Aufgaben jeder Nation, ihre Toten zu ehren. Sind diese Toten im Kampf für das Vaterland gefallen, so wird diese Aufgabe zur heiligen Pflicht des gesamten Volkes. Niemand kann sich ihr entziehen. Die Stute, wo unjene Gefallenen ruhen, ist geweihter Boden. Die Ehre der Nation wacht an ihrem Grabe, damit ihre Andachten auch späteren Generationen erhalten

bleibt. Von den zwei Millionen im Weltkrieg gefallenen Deutschen sind nur zweihunderttausend in deutscher Erde begraben. Die Mehrzahl von ihnen liegt der französischen Armee. Über dreihunderttausend haben in Polen ihre Ruhestätte gefunden. Ein ungeheures Arbeitsgebiet erschloß sich hier dem Volfsbund für die deutsche Kriegsgräberfürsorge, der aus kleinen Anfängen im Jahre 1919 zu einer mächtigen Organisation im Jahre 1929 geworden ist. Der Volfsbund zählt heute 42 Verbände und 1515 Ortsgruppen, die über das ganze Reich, die Schweiz und die freie Stadt Danzig verteilt sind. Die Mitgliederzahl ist schon im Jahre 1928 auf 120 000 gestiegen und nimmt von Jahr zu Jahr weiter zu. In einem Erlass des Reichsministers des Innern vom 3. Mai 1921 wurde als Aufgabenkreis des Volfsbundes umschrieben: die Herstellung, Schmuck und Pflege der deutschen Kriegsgräberhäuser im Ausland und den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein. Das Reich selbst förderte die Betriebskosten durch moralische und finanzielle Unterstützung.



Berlin: Denkmal für die Gefallenen des Kaiser-Franz-Josephs-Regiments Nr. 2

im deutschen Reichsgebiet zu fördern und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein. Das Reich selbst förderte die Betriebskosten durch moralische und finanzielle Unterstützung.

Seine vornehmste Aufgabe in der wichtigen Gestaltung der Sammelfriedhöfe in Frankreich. Die größte deutsche Kriegsgräberstätte in Frankreich birgt 40 000 Einzelgräber. Ein Sammelfeld allein 22 000 Tote — ein ganzes Armeeforts.

Obwohl die französische Regierung gewissenshaft den Verpflichtungen nachkommt, die sie aus dem Friedensvertrag übernommen hat, fand der Volfsbund hier ein großes Arbeitsfeld vor. 62 Anlagen wurden mit Bäumen, Sträuchern und insgesamt 143 480 Baumsprossen und Rosensträuchern bepflanzt. Sammelfelder wurden mit Stein eingefaßt. Ehrenplätze und Denkmäler wurden errichtet. Von den 659 in andern Ländern gelegenen Friedhöfen wurden 219 auf Veranlaßung des Volfsbunds in Land gebaut, für weitere 169 ist die Infanteriestellung von den zuständigen Regierungen angeordnet worden. Wie segensreich die Arbeit ist, die von der Bundesgeschäftsstelle des Volfsbundes Jahr für Jahr im Interesse der Hinterbliebenen geleistet wird, mag aus folgenden Zahlen hervorgehen. In den beiden letzten Jahren verloren 96 490 Briefe die Geschäftsstelle, davon enthielten 61 472 Ausflüsse über Vorhandensein und Zukunft der Gräber von Gefallenen. In einem Jahr wurden auf Veranlaßung von Angehörigen über 2000 Kränze niedergelegt, über 2000 Photogramm von Einzelgräbern hergestellt.

Nach zehnjähriger Arbeit kam der Volfsbund für Kriegsgräberfürsorge auf manche Erfolge zurückblicken. Er hat wertvolle Kulturarbeit verrichtet und seine Erfiengeschreitung nachgewiesen. Die Helden des Weltkrieges find nicht vergessen. Ihre Ruhestätte ist und bleibt dem deutschen Volk ein Verdankens. dg.



Röthen:

Denkmal für die Gefallenen Jäger im Schloß, 1923



Wiesbaden:

Denkmal für die Gefallenen Jäger im Schloß, 1923

Das Abkommen mit Polen.

Das am 31. Oktober d. J. zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, Rauch, und dem polnischen Außenminister Zaleski abgeschlossene Abkommen über die Ausgleichung bestimmter gegenseitiger finanzieller Forderungen sowie den politischen Vertrag auf die Ausübung des Wiederaufbaurechts und die Weiterführung der Liquidation hat insofern eine große Bedeutung, als damit einige der Streitpunkte endgültig erledigt worden sind, die in den bisherigen deutsch-polnischen Beziehungen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Verhandlungen, die zu diesem Abkommen geführt haben, waren durch die in Kapitel 9 des Neuen-Planes enthaltene Empfehlung veranlaßt worden, daß die auf Grund des Verfaßter Vertrages von den Gläubigern nicht distang durchgefahrene Liquidation reichsdeutschen Eigentums einzustellen sei. Da die Liquidationsfragen gerade in den deutsch-polnischen Beziehungen eine sehr wesentliche Rolle spielen und außerdem auch mit einigen anderen Materien im engen Zusammenhang standen, wurden zur Regelung dieser Angelegenheit befondere deutsch-polnische Verbundungen eingeletzt, die dann schließlich zu dem genannten Abkommen geführt haben.

Der Inhalt des Abkommens ist kurz folgender:

Zunächst ist voranschicken, daß Polen von seinem Rechte zur Liquidation reichsdeutschen Eigentums in den abgetretenen Gebieten in einem Umfang Gebrauch gemacht hatte, daß in den Jahren der Nachkriegszeit etwa 120 000 ha an deutschem Grundbesitz zur Enteignung gekommen waren. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen, die sich im wesentlichen gegen deutsche Reichsbürger richteten, wurde von der polnischen Regierung gegenüber den auf den ehemaligen Rentengittern angesessenen, jetzt vor deutlicher Minderheit gehörenden Landwirten das sogenannte Wiederaufbaurecht ausgeübt, das seinerzeit von der preußischen Anwendungskommission für den Fall des Verfaßts oder des Erbganges dieser Güter vorgesehen war. Auch dieses Recht, das nach dem Übergang der Staatshoheit in den abgetretenen Gebieten von den polnischen Behörden in Anspruch genommen wurde, war in der Nachkriegszeit in etwa 300 bis 400 Fällen zur Anwendung gelangt. Die Polen haben nun in dem jetzt abgeschlossenen Abkommen auf die Durchführung dieser beiden Maßnahmen verzichtet, die ausgeprochenen gegen den reichsdeutschen bzw. deutschstämmigen Besitz gerichtet waren, und zwar auf das Wiederaufbaurecht in einem Umfang, daß es gegen Ältesten, Descendentes, Geschwister, Geschwisterkinder und Ehefrauen der betreffenden Besitzer in den für uns praktisch wichtigen Fällen nicht mehr gelten gemacht werden kann. Dieser Verzicht bedeutet, soweit die Liquidierung reichsdeutschen Besitzes in Frage kommt, die Erhaltung von etwa 55 000 ha ländlichen und städtischen Grundbesitzes in deutscher Hand, während der Verzicht auf das Wiederaufbaurecht etwa 12 000 Rentengutbesitzer mit einem angeschloßenen Personalkreis von etwa 70 000 bis 80 000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Zukunft für ihre Existenz in Polen einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt erhalten. Besonders bemerkenswert ist noch, daß der politische Liquidationsverzicht sogar mit einer gewissen rückwirkenden Kraft erfolgt, insofern nämlich, als auch endgültig liquidierte Güter, bei denen aber die Eigentümer am 1. September d. J. den Besitz noch nicht verlassen hatten, unter den Liquidationsverzicht fallen. Ferner ist wesentlich, daß die Polen auch ihr Recht auf die Liquidation reichsdeutschen Eigentums in Oberösterreich, von dem sie gemäß den Bestimmungen des Genfer Abkommens zwar noch nicht jezt, aber nach Ablauf einer Reihe von Jahren hätten Gebrauch machen können, fallen gelassen haben. Schließlich ist zu erwähnen, daß Polen auch noch auf eine Reihe von finanziellen Forderungen verzichtet hat, die es dem Deutschen Reich gegenüber mit etwa 800 Millionen Goldmark geltend gemacht hatte. Dieser Posten umfaßte insbesondere die sogenannten Requisitions- und Aufrakreisabgaben.

Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse hat das Deutsche Reich auf die sogenannten Zugabentschädigungen für den in der Nachkriegszeit liquidierten reichsdeutschen Besitz verzichtet, die nach dem Vorlaute des V. V. vom polnischen Staate hätten geleistet werden müssen. Wegen diesen Zugabentschädigungen war vor dem Gemischtgericht in Paris eine große Zahl von Prozeßfällen anhängig, nämlich die polnischen Behörden die betreffenden Liquidationsobjekte ausnahmslos erheblich unter ihrem tatsächlichen Wert enteignet hatten. Die Forderungen aus diesen Prozeßen, die durch das jetzige Abkommen gegenstandslos geworden sind, sind also nunmehr vom Deutschen Reich zu erfüllen, das eine angemessene Entschädigung der Berechtigten Sorge tragen wird. Diese Verpflichtung bedeutet natürlich gerade im Hinblick auf unsere gegenwärtige Finanzlage eine starke Belastung, die aber einerseits dadurch wieder ausgeglichen wird, daß, wie bereits erwähnt, auch die Polen

ihre eigenen finanziellen Forderungen haben fallen lassen, andererseits dadurch, daß noch nahezu einem Jahrzehnt ständiger Bevorratung endlich einmal eine weitgehende Sicherung des in den abgetretenen Gebieten noch verbliebenen reichsdeutschen und deutschstämmigen Besitzstandes erreicht worden ist.

Zum Schluß ist noch zu bemerken, daß mit diesem Abkommen auch diejenigen gegenseitigen Forderungen Deutschlands und Polens als ausgeschlagen gelten, die durch die mit der Grenzziehung erfolgte Trennung von Gemeinden, Kreisen, Provinzen und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts entstanden waren.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei.

Die am 27. Oktober d. J. in der tschechoslowakischen Republik stattgefundenen Wahlen in das Abgeordnetenhaus und in den Senat haben keine Überraschungen gebracht. Waren die Wahlen selbst schon ohne sonderliche Erregung vor sich gegangen, so haben die Ergebnisse erweisen, daß nicht nur die parteipolitischen Gruppierungen, sondern auch die nationalen Machtverhältnisse keinen stärkeren Schwankungen mehr unterworfen sind. Wohl hat die bisherige agrarisch-katholisch-soziale, deutsch-tschechische Regierungsbündnis eine empfindliche Niederlage erlitten — der Pendel schwankte diesmal nach links —, aber erheblich war dieses Ergebnis schon nach den Landesvertretungswahlen im Jahre 1928 zu erwarten, und zweitens war es den oppositionellen Parteien trotz der nahezu fünfzigprozentigen Stimmengewinne der tschechischen Sozialdemokraten doch nicht gelungen, die gegenwärtigen Regierungsparteien völlig aus dem Sattel zu werfen. Ja, die stärkste unter den tschechischen Regierungsparteien, die tschechischen Agrarier (Slezka u. m.), wie auch die tschechischen Nationaldemokraten (Kramarsch u. m.) verzeichneten nicht nur eine Zunahme ihrer Stimmen, sondern auch der Mandate. Ungünstiger schafften die deutschen Regierungsparteien ab, die zusammen sechs Mandate allerdings nicht einer negativistischen, wohl aber einer anderen, bisher nicht der Regierung angehörigen aktiveren Partei überlassen mußten. Dagegen ist sich also nicht etwa um einen Sieg des negativistischen Gedankens innerhalb der sudetendeutschen Bevölkerung handelt, beweist auch die Tatsache, daß die Deutsche Nationalpartei und der mit ihr verbündete Sudetendeutsche Landbund nicht weniger als drei Mandate einkämpften und auch — allerdings auch dank der tschechischen Wahlgemeinschaft — im Senat nicht mehr vertreten sein werden. Unbestreitbar ist der Erfolg der sogenannten Deutschen Wahlgemeinschaft (Demokraten und linke Deutschnationalen), die auf der Liste der deutschen Agrarier vier Mandate gewinnen konnte, und der der deutschen Sozialdemokraten, die vier Mandate errangen.

Um die bei diesen Wahlen stimmberechtigten 8 196 197 tschechoslowakischen Staatsbürger bewarben sich 22 Parteien, darunter nicht weniger als neun deutsche, sechs tschechische, zwei slowakische, eine jüdisch-polnische und eine kommunistische. Trotz dieser namenlosen Feststellung im sudetendeutschen Lager gelang es dennoch den deutschen Parteien, nicht nur ihre Mandatszahl zu erhalten, sondern auch in verschiedenen Gebieten (so zum Beispiel auch in Prag) ihre Stimmenzahl oft wesentlich zu erhöhen. (Nur das Böhmisches Landbund weist bei einem allgemeinen Stimmflüssegang auch einen Rückgang der deutschen Stimmen auf.) 66 deutschen, 19 slowakischen, 9 modjarschen und 4 polnisch-jüdischen Volksvertretern stehen 171 tschechische gegenüber. Infolge der Verluste der Slowaken und besonders der Kommunisten, die unter der tschechischen Wählerschaft weit größer sind als unter der deutschen, gelang es den tschechischen Parteien, ihren bisherigen Besitzstand von 139 Mandaten auf 171 zu erhöhen.

Das neue tschechoslowakische Abgeordnetenhaus wird also nach dem zweiten und dritten Skrutinium folgende Zusammensetzung aufweisen:

Die deutschen Parteien:

	1929	1925
Bund der Landwirte	12	16
Deutsche Wahlgemeinschaft	4	0
Sozialdemokraten	21	17
Christlichsoziale	14	13
Generalpartei	8	5
Nationalsozialisten	6	10
Nationalpartei	1	0
Sudetendeutscher Landbund	0	0
Alldeutsche	0	0
zusammen:	66	66

Die tschechischen Parteien:

	1929	1925
Sozialdemokraten	59	29
Nationalsozialisten	52	28
Nationaldemokraten	14	13
Agrarier (Republikaner)	46	45
Gewerbepartei	12	13
Volkspartei (Christlichsoziale)	25	51
Liga gegen gebundene Lizenzen	3	0
zusammen:	171	159
Slowakische Volkspartei	19	23

Nationale Minderheiten:

	1929	1925
Ungarische Parteien	9	10
Polnische Partei	2	1
Jüdische Partei	2	0
Zuthenen (Russen)	1	1
Kommunen	50	41

Nach den angeführten Ergebnissen gelang es der bisherigen Regierungskoalition bloß 146 Mandate zu erringen, während die oppositionellen Parteien 154 eroberten. Die linken Parteien (150 Abgeordnete) gewannen acht Sitze der Rechten (170 Abgeordnete). Die aus einem richtigen Grund zerfallene bisherige Regierungskoalition kann also nach dem Ergebnis der Wahlen nicht wiederkehren, ganz abgesehen davon, daß die mit Tatsa bei den Wahlen erlegene Slowakische Volkspartei bereits vor den Wahlen aus der Regierung ausgetreten war. In der Prager Burg wird eine aus den Agrarier und Sozialdemokraten beider nationaler Lager gebildete neue Regierung einzischen. Dr. Heinrich von Paller.

Blick in die Bücher

Von der bekannten Reihe der „Weltpolitischen Bücherei“, herausgegeben von Ad. Grobowski (Centralverlag, Berlin), liegen mehrere neue Bände vor:

Das tropische Afrika. Von Franz Thorede.

Dieses Buch ist deshalb besonders wichtig, weil es in die Zukunft weist. Europa braucht Land, das ist heute für unseren Erdteil keine Machtfraze, keine Preisfrage mehr, sondern einfach die Lebensfrage. Amerikas Schatten wachsen immer höher über uns herein, Afrika gebiert sich, wenn auch unter Kämpfen und Qualen, eigenes Leben und eigenen Staat, nur Afrika braucht uns. Und wir brauchen Afrika, sein Land, seine Rohstoffe, seine Menschen. In der Kurzen, scharfen und erprobenden Art, die für die Weltpolitische Bücherei charakteristisch ist, wird in diesem Band all das dargelegt, was Afrika produziert, was wir von ihm benötigen, welche Möglichkeiten für Pflanzer und Ansiedler bestehen. Es bleiben gewiß noch mehrere sehr schwere Fragen zu lösen: Die Stellung des Europäers zum Eingeborenen, da ja auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden muß, die Neuordnung der Mandatsverteilung nach dem Völkerbund, die Heranziehung des Eingeborenen zu europäischen Kriegen, wodurch das Ansehen des Europäers ungeheurem discredit wird. Schwere und ausgreifende Probleme; mit Recht sagt Thorede, daß sie erledigt werden müssen, wenn Europa nicht selbst eine Kolonie werden möchte.

Tschechoslowakei. Von František Macháček.

Unter den Staaten, die nach dem Weltkriege entstanden sind, ist die Tschechoslowakei einer der interessantesten. Ihre Lage, fast genau in der Mitte Europas, macht sie zu einem Faktor, mit dem jeder Außenpolitiker rechnen muß, durch ihren wirtschaftlichen Reichtum ist sie ein wichtiger Träger des europäischen Handels. Über diese Tatbestände und Zusammenhänge gibt der Band vorzügliche Auskunft, er beleuchtet die geographische Lage, die Geschichte, den neuen Staat und seine Wirtschaft, schließlich seine bürgerliche Politik; all dieses wird durch zahlreiche Tabellen und eine Literaturangabe ergänzt.

Als Ergebnis solcher objektiven Betrachtung zeigt sich, daß dieses Land noch lange nicht konföldiert ist, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem Gebiet. Seine Lage, die vielseitige Gliederung seiner Bevölkerung, seine Stellung zu den Nachbarn und zu den Großmächten — es ist ein wenig viel, was der junge Staat auf einmal bewältigen soll, und so wird sich erst zeigen, ob er all diese Aufgaben lösen kann. Deutschland ist in mancherlei Hinsicht

Bauernwanderung in Russland.

Seit dem November des vergangenen Jahres macht sich in Russland eine Wanderung der Bauern bemerkbar. In ihr beteiligt sich im besonderen die deutschstämmige Bauernschaft. Anfangs zogen kleine Truppen in die Gegend vor Moskau, um von dort aus die Auswanderungserlaubnis zu erwirken. Als Mitte September 1929 verstärkte sich der Zugzug durch ständig wachsende Abteilungen aus Sibirien, aus der Krim, aus Zentralasien und von der Wolga. Anfang Oktober sollen bereits 1000 Flüchtlinge vor Moskau gezählt worden sein, am 15. Oktober war die Zahl auf 5000 gewachsen. Die meisten dieser deutschen Bauern sind Mennoniten, nur ein geringer Bruchteil ist katholisch oder lutherisch. Die Nachrichten der letzten Tage melden, daß die Zahl der vor Moskau versammelten Flüchtlinge über 10000 hinausgewachsen ist und daß noch wesentlich stärkerer Zugzug erwartet werden muß.

Nach den vorliegenden Nachrichten geben die Bauern für ihre Verluste mannigfache Gründe an. An erster Stelle nennen sie das radikale Vorgehen der Sowjetregierung bei der Durchführung der Sozialisierungspolitik, ferner eine außerordentlich schwere Besteuerung und die angeblich maßlose Auflage für die Getreideablieferung. Diele der Bauern wollen durch Zwangsversiegelung infolge Steuerschulden zur Abwanderung genötigt worden sein; andere betonen, daß sie sich durch den erzwungenen Eintritt in die Wirtschaftscolektive zu Lohnarbeitern degradiert fühlen. Neben diesen wirtschaftlichen Gründen haben aber wohl auch Beleidigungen kultureller und religiöser Art die Bauern zum Abwandern gebracht. Ihr Ziel ist zunächst Kanada. Es scheint aber noch nicht festzustellen, ob die kanadische Regierung die Einreiseauslaubnis erteilt wird. Da anderseits die Sowjetregierung die Bauernlager vor Moskau nicht länger dulden will und Derautobahnen über einen zwangswiseen Autotransport ergehen lädt, könnte sich die Lage dieser deutschstämmigen, überwiegend proletarischen Männer verhängnisvoll, wenn nicht gar katastrophal gestalten. Unter diesen Umständen dürfte es die Zustimmung der geschlossenen Mehrheit des deutschen Volkes sein, wenn, wie unterrichtete Stellen melden, die Reichsregierung wahrscheinlich mit Hilfe des Roten Kreuzes, eine Hilfsaktion veranlassen will.

interessiert (allein ist v. B. der Einfuhr in die Tschechoslowakei kam aus Deutschland). Die vorliegende Schrift möchte und kann dazu helfen, unsere Stellung zur Tschechoslowakei zu präzisieren und zu klären.

Spanien und Portugal. Von Prof. Dr. Paul Herre.

Während des letzten Jahrzehnts haben sich über auch Staaten verändert, die der Weltkrieg nicht unmittelbar, jedenfalls nicht territorial beeinflußt hat. Unter ihnen stehen an erster Stelle die beiden Staaten der iberischen Halbinsel, denen der 12. Band der Weltpolitischen Bücherei gewidmet ist. Beide Länder waren nach einer glänzenden Geschichte zu Mächten zweiten Ranges herabgesunken und nach dem Weltkrieg finanziell und politisch fast völlig zusammengebrochen. Erst nach schweren Wirren und Kämpfen haben sich die Lebensverhältnisse beider Staaten wieder konsolidiert; wie das Buch zeigt, sind Wirtschaft, Handel, Verkehr gefestigt und noch sehr anspruchsvoll. Schließlich haben sich die so gefundene Länder — das heißt Herre als bedeutendes politisches Ereignis hervor — wieder zu Trägern einer umspannenden weltpolitischen Idee emporkämpfen können; zu der Idee einer engen geistigen und wirtschaftlichen Verbindung Spaniens und Portugals auf der einen Seite, mit den jungen Staaten Lateinamerikas andererseits.

Die Entstehung des modernen Weltstaatsystems. Von Professor Dr. W. Vogel.

Das Buch ist ein Musterbeispiel für Notwendigkeit, Sinn und Wert der Weltpolitischen Bücherei: Es ist geeignet, mit seinen Raum und Seiten einen Anschauung von dem politischen Gesetz zu vermitteln, das in seiner leichten Ausprägung zum Weltkrieg geführt hat; daß die Geschichte von der Idee und dem Raum bestimmt wird.

In nun wuchtigen Kapiteln zeigt das Buch die Vollendung des weltpolitischen Systems, das 1918 in Verfallen eine vorläufige Konsolidierung gefunden hat; es zeigt die Entdeckung der iberischen Länder aus dem Geiste der Renaissance heraus, die Auswanderung in diese neu entdeckten Länder und die Gründung des englischen Commonwealth, das Wachsen des „imperialistischen“ Geistes und — es mußt an wie der fünfte Alt eines schiefwackigen Dramas — die Vollendung des Weltstaatsystems durch den Weltkrieg.

Der Einleitung zu diesem Buch sagt Vogel: „Jede Zeit hat das Recht und die Pflicht, die Vergangenheit aus dem Geschichtsbüro und aus den Bedürfnissen der Gegenwart neu zu überprüfen. Eine objektive oder klassische Geschichte im Sinne für alle

Zeiten gültigen gibt es nicht. Jede Zeit muß die Geschichte neu leben und neu schreiben.“ Nun, dieses Buch ist ein Baustein zu dem neuen Betrachten und Schreiben der Geschichte im Sinne Niehoffs, „daß jeder Mensch und jedes Volk eine Kenntnis der Vergangenheit braucht, immer nur zu dem Zweck des Lebens und also auch unter der Herrschaft und oberein Führung des Lebens“.

Den Deutschen freilich wird solche Betrachtungswelt schwer fallen. Als die Deutschen noch um die Einheit ihres Reiches kämpften, standen das britische und das französische Imperium und stand der amerikanische Kontinent schon festgelegt. Deutschland aber stand nicht nur räumlich, sondern auch geistig allzu lange außerhalb des Weltstaatenystems. Doch bringt solche Späte Hilfe eine Hoffnung, nämlich die, daß wir unsere Wünsche noch zu erfüllen haben, daß das Wurzel unseres Wesens noch zu beständig sind. Vogels neues und tapferes Buch bringt wie eine Bestätigung dieser Hoffnung.

Völkertore. Von Dr. R. Uhde.

Der 15. Band der Weltpolitischen Bücherei entpufft und lärt ein Problem, das bisher kaum beachtet wurde, das Problem der Bedeutung und des Wesens von „Völkertoren“ der Geschichte. Unter Völkertoren versteht Uhde die Gebirgsplätze und -jenen, die Vermittler sind zwischen den armelichen und kulturosen Gebirgen und der Ebene, die „das von der Natur vorgezeichnete Macht- und Kulturzentrum ist“.

Das Beispiel eines europäischen Völkertores, des Wiener Beckens, zeigt, was der Verfasser lären und herausarbeiten will. Das Wiener Becken ist „die einzige bedeutende Lücke zwischen den beiden größten und geflossenen Gebirgszügen des Erdteiles und bezeichnet genau den Schnittpunkt der europäischen Nordwest-Südostriche“. Wien ist daher der große Vermittler des Nordens und Westens zum Süden Europas und zum Orient gewesen. Das zeigt seine ausdrucksvolle und wechselnde Geschichte vom Durchzug der Völkerscharen während der Völkerwanderung an, über die Türkeneinfälle bis zu den Juliatagen 1914, in der die Wiener Politik Europa Schicksal entschieden mußte. Heute hat es als wirtschaftlicher Vermittler seine Stellung zum Teil eingebüßt, die Vermittlung kultureller Güter, die ihm seine geographische Stellung in Europa zwiegt, ist noch die eine seiner wichtigsten Aufgaben.

In gleicher Art behandelt Uhde die anderen europäischen, das amerikanische, die asiatischen und afrikanischen Völkertore, und erreicht dadurch eine Bereicherung und Vertiefung unseres Weltbildes.

Hi.

„Kooperative Wirtschaft.“ Von Professor Dr. Friedrich Dessauer. Verlag von Friedrich Bonn, Bonn 1929, X und 160 S.

Von den Pfaden bekannter sozialökonomischer Lehreineinungen weicht der Verfasser in mancher Hinsicht ab. Alles die Stelle einer Theorie, die mit abstrakten Begriffen, wie Kapital, Arbeit, Bedarf

arbeitet, mit Begriffen, die nur bestimmte Wirtschaftsfunktionen umreißen, ihre menschlichen Träger aber nur schemenhaft vermuten lassen, tritt eine Wirtschaftsbetrachtung, die die enge Verbindung des gesamten Wirtschaftssozialskeches mit dem Menschen in den Vordergrund stellt. „Wirtschaft“, so sagt der Verfasser, „ist ein Geschehen zwischen Menschen, Natur und Technik, nicht zwischen Bedarf, Kapital und Arbeit.“ Verschiedene Funktionen übt der Mensch in der Wirtschaft aus: als Unternehmer, als Mitunternehmer, als Konsument und als gordnete Gemeinschaft in den öffentlichen Körpergesellschaften (Staat usw.). Zu diesen fünf menschlichen Faktoren, die „die Fülle ihrer Menschlichkeit“ in die Wirtschaft hineintragen, treten als objektive Faktoren Natur und Technik. Eine sinnvoll geplante Zusammenarbeit des menschlichen Faktors unter vernunftgemäßigem Einfühlung der objektiven Faktoren Natur und Technik — das ist nach der Definition des Verfassers unter kooperativem System der Wirtschaft zu verstehen. Seinem inneren Wesen entsprechend, ist jeder Faktor am Wirtschaftsvollzug zu beteiligen; keiner soll verflummern, keiner unverhältnismäßig stark emporwuchern. Bei solcher Kooperation wird auch der Arbeitnehmer nicht mehr lediglich der Veräußerer seiner Arbeitskraft sein; er wird vielmehr mit seinen ganzen persönlichen Fähigkeiten als mitarbeitender Mensch in dem Betrieb eingefügt werden müssen. Kooperation in diesem Sinne bedeutet eine aus bereits vorhandenen Ansätzen bewußt zu erreichende Wirtschaftsform.

Soviel, um in die reiche Gedankenwelt dieser Arbeit einzutreten, die in der Wirtschaft nicht einen automatisch wirkenden Mechanismus, sondern einen blutwarmen Organismus sieht. Und was dieser institutiven Schrift ein besonderes Gepräge gibt: aus ihren Gedankenkreis spricht das Paradies einer starken Überzeugung, eines hohen Ethos. Das Buch gehört ebensoviel in die Hand des Wirtschaftsprüfers und des Wirtschaftspolitikers wie der heranmachenden Generation, denen allen es wertvolle Anregungen und Erkenntnisse zu vermittelnden vermag.

Einführung in die Politik. Von Dr. Wilhelm Ziegler. Zentralverlag, Berlin 1929.

Die Neuauflage dieses von mir wiederholt empfohlenen Buches mit seinem auf rund 300 Seiten gut gegliederten und auf 46 Karten sinnfällig gestalteten Stoff gibt willkommen Gelegenheit zu jüngender charakteristischer Feststellung: Wir in der „Deutschen Hochschule für Politik“ schätzen diese „Einführung in die Politik“ so hoch und versuchen sie dadurch auszugeben, daß wir eine Anzahl Exemplare verteilen, als es im vorigen Jahre sich darum handelte, im bekannten Redewettbewerb deutscher Prämianer, der Vorbereitung für den internationalen Wettbewerb in Washington, ein gutes Buch als Prämie zu verwenden. Diese Tatsache sagt alles.

Ergänzung J. A. d. b.

Deutsche Volkskunst / Von Dr. Paul Ferdinand Schmidt.

Zur Zeit unserer Väter kannte man nur das Ideal der naturnachahmenden Kunst, die von den Griechen bis zum Impressionismus des 19. Jahrhunderts reichte. Von einer Volkskunst weiß man erst seit einigen Jahrzehnten; man hat zwar schon weit früher Werke der Neger und Eskimos, der Vorzeitmenschen und der Bauern in Museen gesammelt, aber das alles galt nur als Kuriosität und Material für gelehrte Greise, die sich mit so abliegenden Schnurperlenreihen zu ihrem Ergötzlichen beschäftigen. Kunst? Das war nur die lässig-naturgetreu nachgeahmte Statue oder Malerei.

Das hat sich ja nun gründlich geändert. Neben den Herrlichkeiten der egyptischen, ägyptischen, prähistorischen Kunst steht, für uns sollte sie an erster Stelle stehen, die Bauernkunst aller deutschen Stämme. Fleiße und fundige Hände sind am Werk gewesen, die Schäfe ihres Hausslechtes rechtzeitig zu sammeln und vor dem Verderben zu bewahren. Denn leider ist der Bauer heute fast überall so „aufgelöst“, daß er die schönen alten Formen seiner Väter gering achtet, sie verkommen läßt und durch den Schuh ersetzt, den ihm die Städte und ihre Warenhäuser auf Land

liefern. Eine traurige Nebenwirkung des technischen Triumphes, der echte Handwerkerei überall durch billige Maschinennarbeit verdrängt — ein Prozeß, der leider nicht aufzuhalten ist. Es bleibt uns nur übrig, die wertvollen Zeugen volkstümlicher Kunst, die dem Untergang in Museen zu retten, wie das überall in Deutschland und in besonders märkischer Weise in den nordischen Ländern geschieht.

Die Entstehung dieser Volkskunst ist eine gründlich andere und gibt uns an sich schon einen deutlichen Fingerzeig für ihre Verlässlichkeit von der sogenannten hohen Kunst. Während diese in den Städten durch streng spezialisierte Meister entstand, die anfangs als Handwerker, dann aber — besonders seit der italienischen Renaissance — als selbstbewußte Künstler auftreten und in der technischen Vollendung der Naturähnlichkeit ihr höchstes Ziel sahen, pflegte der Bauer, nicht anders als der „Wilde“ und der Mensch der Vorgeschichte, seinen Bedarf an Gebrauchs- und Schmuckstücken im wesentlichen selber herzustellen. Die Ursprünglichkeit und Zweidimensionalität des deutschen Bauernhauses führt daher, daß der Besitzer selber die Raumteilung und bei der Ein-



Leinwand-Bildwerber

richtung mit Hand anlegte. Wo immer in deutschen Landen man Bauernhäuser findet, muß man ihre Anpassung an die landwirtschaftlichen Zwecke, an die Lebensgewohnheiten der Bewohner, an die Besonderheiten der Landschaft auf höchste bewundern. Alles germanische Gewohnheiten sprechen noch mit, besonders im niedersächsischen Bauernhaus mit seiner riesigen Tiefe, die in einem Raum Mensch und Vieh vereint, bisweilen noch heute: Gehöftlandschaften schaffen das gewaltige Dach und den Holzcharakter des

wie aus der naiven Freude am Schmückenden heraus entstanden sind. Verstärkt man für tiefer in die Motive dieser Kunst, so erkennt man überhaupt die un trennbare Verflochtenheit von idealistischer, geistiger, religiöser Absicht und jener unbändigen Schmuckfreude, die dem Menschen eingesogen ist. Das zeigt sich nicht nur in den Devotionalien, den Weihgeschenken, die man einem bestimmten Heiligen zur Erfüllung eines Wunsches dar bringt: nicht bloß bei den phantastischen und wilden Masken, die in der Salzburg Gegend zu den Perchten-



Hessische Haube



Totobilb 1607



Perchten-Maske (Salzweg)

Schwarzwälder und des Schweizer Bauernhauses, in anderer Weise das wohl schönste Exemplar in Deutschland, das oberbayerische Dorfhaus mit seinen weißen, oft durch dünne Freskomalereien belebten Wänden, seinen grünen Fensterläden und steinbeschwerten Schindeldächern. Mitteldeutschland ragt durch Verwendung des Fachwerks hervor, die Laien durch phantastisches Schindeln und so konzentriert sich das germanische Haus (das immer Bauernhaus war) durch die Jahrtausende bis in die Gegenwart in den mannigfältigsten Abwandlungen, bedingt durch die Präzis. Eine Wunderung durch deutsche Landschaften ist nicht zu denken ohne Freude an der Mannigfaltigkeit der Dorfscheinung.

Im Hause selber erfließt das Bauernarbeits, die wahre Kunstmühle schafft, heute freilich nur in seltsamen Fällen. Dass es früher anders war, erkennen wir aus den Schäben der Museen; denn es wird wohl wenigen Mitlebenden verdonnt sein, selber etwas Derartiges in Bauernhäusern noch aufzufinden, obwohl nicht bestritten werden kann, dass es früher ähnlich Ausnahmen im Bauernumt gibt, die das Überkommen pietätvoll aufbewahrt und gebraucht. — Naturgemäß handelt es sich dabei in erster Linie um das, was wir „Kunstgewerbe“ nennen, das heißt um Dinge des wosfern und festlichigen Gebrauchs.

Der Bauer ist ein Nüchternheitsmensch. Wieviel er aber dem höheren Begriff der Schönheit zugestehen kann, beweisen die Dekorationen der oberbayrischen und Tiroler Häuser im Fresko, beweisen die Hinterglasmalerei und Marmorköpfe, die ebenso aus Gotteshaut und Heiligenverehrung

laufen aufgesetzt wurden und die in ihrer umfangreichsten Ausbildung unmittelbar an die gewaltigen Kopfaufbauten der Neger und Südsudanländer bei ihren Zeremonien erinnern. Das zeigt sich auch in der Ausgestaltung festlicher Kleidung und Schmuckstücken, die vor allem die Frauen bei feierlichen Gelegenheiten anziegen und die eine unerschöpfliche Fundgrube künstlerischer Phantasie bilden. Das zeigt sich aber auch bei den Webereien und Stickereien der Bäuerinnen, die fast immer figürliche Motive in ihre Tücher, Vorhänge und Hauben hineinweben; bei den Spielzeugmühlen aus dem Erzgebirge, Thüringen und Oberbayern, die heute noch in dicker alter Form zur Freude unserer Kinder hergestellt werden, bei den Glasmälzern und vor allem, in unerschöpflichen Abwandlungen, bei den Töpfern, die ihre Schüsseln, Krüge und Teller mit den lustigsten Motiven aus der Natur und aus ihrer Vorstellung bilden.

Zu den wichtigsten Orten, wo man diese Dinge kennenzulernen kann, gehört das Museum für sächsische Volkskunst in Dresden, das eine der ammuntigsten Besuchsstätten Deutschlands darstellt. Das vollständigste Material findet man in der Berliner Sammlung für deutsche Volkskunde, leider äußerst gedrängt und unvollkommen untergebracht. Der junge energische Direktor Dr. Hahn sorgt durch eine Ausstellung weniger aber erlebener Stücke in der Akademie der Künste dafür, dass die Tasche dieses prächtigen Museums und die Notwendigkeit einer würdigendienstlichen Ausstellung sich den Zeitgenossen einprägen; eine Ausstellung, die ganz und gar im Sinne unserer großen Volkskunst ist.



Halokette mit Filigranschlösschen



Hochzeitsschau



Christus an der Marterläue (Vogtland)

Notieren Sie bitte:**42000 Bezieher**unserer Zeitschrift setzen sich
ungefähr wie folgt zusammen:

- 22 000** höhere Beamte in Reich, Ländern und Gemeinden
- 10 000** Lehrer aller Gattungen, vom Hochschullehrer professor bis zum Dorfschullehrer
- 3 000** Auslandsdeutsche, vornehmlich Konsulatsbeamte Europas
- 2 000** Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben
- 5 000** Amtsstuben, Konferenzzimmer, Bibliotheken, Lesesäle

Lesen Sie bitte weiter:

ES
LOHNT
SICH...

OTTO MACK

BERLIN 017,
AM OSTBAHNHOF 12

POSTSCHEIN-KOHTO-BERLIN 35730

BERLIN, den 1. August 1930

An die

Armenien-Expedition

Dr. Walter Settefaß

Berlin S. W. 45.

Friedrichstr. 239.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich auf die Zeitschrift "Der Heimatdienst" wegen Inserierungens aufmerksam gemacht haben und ich kann Ihnen mitteilen, dass der Erfolg meines Inserates ein sehr befriedigender war. Ich habe bereits auf das erste Inserat über 30 Zuschriften erhalten.

Sie können von diesem Schreiben in jeder Weise Gebrauch machen und ich danke Ihnen nochmals für Ihre freundliche Beratung in meinen Inseraten-Anglegenheiten.

Beobachtungswert

Otto Mack

Spezialbüro für die Beamtenverbände
der Vereinigten Krankenversicherungs-a. G.
(vormals Gedevag, Komma und Selbsthilfe)Spezial-Büro für die Beamtenverbände
(die Mack, Berlin 0.17, im Gedächtnis II)

SCHON
EIN
INSERAT

ZAHLENBILDER**KURVEN** **KARTEN****MONATSSCHRIFT**
IN BILDERN FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT U. KULTUR

seit Jahren entstehen in unserem Zeichen-Atelier täglich Zahlenbilder, durch die versucht wird, die toten Zahlfriedhöfe der Statistiken lebendig und für das praktische Leben nutzbar zu machen.

Sie gelangen auf vielen Wegen als Illustrationen in Tageszeitungen und Büchern, als Diapositive, Wandbilder, Ausstellungstableaus usw. in die Öffentlichkeit.

Immer wieder sind wir von den verschiedensten Seiten ersucht worden, unser nahezu unerschöpfliches Material auf eine preiswerte, praktische Art und Weise auch weiteren Kreisen regelmäßig bekannt und zugänglich zu machen.

Diesen mannichfachen Wünschen wollen wir nunmehr Rechnung tragen, indem wir ab 1. Januar 1930 eine kleine Zeitschrift in Kartothekform herausgeben, die das Material, soweit es über den Tag hinaus Bedeutung hat, in handlicher Form bringt. Sie bringt monatlich etwa 30 Karten auf ausgezeichnetem schweren Kunstdruckkarton in einfarbiger Ausführung. Für jede Bildkarte wird ein Blatt mit erläuterndem Text dazugegeben. Bildkarte und Textblatt sind perforiert und haben die Größe der Postkarte 10,5 zu 14,8 cm mit einem 1 cm hohen Rand zur Aufnahme der Einteilung. Der Preis der Zeitschrift beträgt jährlich RM. 20,—. Er kann in 2 Raten entrichtet werden. Bestellungen nur direkt. Zusendung durch Kreuzband. Einzelhefte kosten RM. 8,—; einzelne Karten werden nicht abgegeben.

Deutscher Lichtbildienst e. m. b. H.

Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Ohne jeden Ausverkauf

verkaufe in meinem regulären Betriebe

Klubsessel in Stoff von 25 M an
Rindleder v. 75 M an
modernen Eiche-Sessel mit Stoff 39 MHochelegante Luxus -
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer
und Salone und viele aparte Einzelmöbel

moderne Couches von 80 M an

Chippendale-Sessel u. Sofas mit losen Daunenkissen in Velours u. Brokat,
Pelz gesch. Sessel, Stühle, Garnit., Tische, Raub- u. Teetische, Vitrinen
und vieles andere**spottbillig**
H. Lipke gegr. 1848 genau Koch str. Nr. 6 bis 7

Rhein-Weine
Feine
Rhein-Weine
nur direkt von
Ernst Müller
Mittau 1. Wittenberg
Nierstein 1. Mainz
(Blaß, F. Wehrle,
Gesell., Sträß.).
Verkaufsstelle: 84
Preisliste 81

150 Briefmarken gratis

nur Alben und unverbindliche Auswahllistung. Alle Alben und Kataloge lieferbar.

PAUL LAHN
Berlin-Steglitz, Kleerstr. 5

harmoniums

auch ohne Notenkenntnis mit Spielapparat sofort spieler. Reiche Auswahl! Gelegenheitskäufe! Begrenzte Zahlwechsel. Prospekt II kostenlos.

Piano und Harmoniumhaus

Lützowstraße 68, hpt., nahe Lützowplatz.

T **Ohne Anzahlung Steppe-Divani-Tischdecken-Läufer**
Sponchapparate
Doktor Abteilung. Ver. Sie sofort bemühtere Offiziere, Venzand nach auswärts freischaffende Deutsche Teppich-Vereinigte Ges.m.b.H.
Berlin W.8. Kronenstr. 66/67.
Beamte 5% Rabatt.



Deutscher Lichtbild-Dienst G.m.b.H.
Berlin W.35, Potsdamer Str. 41

Auf jeden Weihnachtstisch gehört:

1. ein D. L. D. Photo-Apparat
bereits von RM. 6,- an — oder
2. ein Heim-Kino od. Einbild-Werfer
schon von RM. 24,— an — oder
3. Photobedarf u. Zubehör aller Art
Heilmampen, Stative, Kamerataschen, Alben, Filme, Glasbilder
Reiche Auswahl am Lager.

Versand schnellstmöglich, von RM. 2,- an sparsam. Vereinigung des Betrages oder Nachnahme. Auf Wunsch Zahlungsvereinbarung. Forderen Sie Photo-Katalog und Spezial-Prospekte kostenlos an. Kostenloser Beratung und Spezial-Offeren verbindlich.

Einmaliges Sonderangebot!

4 Ganzleinenbände von Paul Keller

statt früher RM. 28.— **1140**
nur RM.

1. In fremden Spiegeln, 308 Seiten
2. Titus und Timotheus, 299 Seiten
3. Die Inseln der Einsamen, 248 Seiten
4. Altenroda, Seminartheater, Grünlein, 429 Seiten

Allje 4 Bände, die auf holzfreiem Papier hergestellt sind, liefern wir trotz des außergewöhnlich billigen Preises gegen Monatsraten von 3 Mark porto- und verpackungsfrei

Bestellschein: Deutschen Beamten-Buchhandlung
S. bestelle bei der

Anstalt des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes,
Berlin SW 88, Neuenburger Straße 8, Abt. H.

P. Keller, 4. Bd. zum Preise von RM. 11.40 — gegen Monatsraten à — der ganze Beitrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — folgt am — ist nachzunehmen — folgt auf Postleitkontos: Berlin Nr. 182 781 (Erfüllungsort Berlin-Witze) Name und Stand: Ort und Datum:

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Paragraphen 13 Absatz 1, § 19 des Reichsgesetzes über das Presse- und Zeitungswesen: Dr. Strobl, Berlin — für den Anzeigenstellen: Walter Schmidle, Berlin SW 42. — Ansprechpartner: Die 4-teilige Ausgabe kostet 40 Pf. Nebenkosten, Belegungsgebühr und sonstige Infrastruktureinrichtungen laufen Konto der Anzeigenabteilung. Allgemeine Anzeigenannahme: Dr. Walter Seifert, Anzeigen-Expedition, Berlin SW 48, Friedenstrasse 229. Sonnen: § 5 Bergmann 6848. — Offiziell: W. Büggen, Berlin SW 48.

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
(vorm. Gedevag, Kosmos und Selbsthilfe)

Aktionekapital 5 Mill. RM. Reserven über 4 Mill. RM.
Versichererbestand über 400 000

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!
Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände!
Vollständige freie Arztwahl / Kein Krankenschwund und keine
Krankmeldung! Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme! Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!

Wochenhilfe! Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschablone durch

OTTO MACK, Berlin 0 17, Am Ostbahnhof 12

Weltpolitische Bücherei

Ein umfangreicher Prospekt
über diese Bücherei der Köpfe
ist soeben erschienen.

Interessenten für dieses bedeutsame Verlagswerk erhalten
ihn auf Anfordern kostenlos.

Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W. 35

BITTE

nehmen Sie bei Ihren
Anfragen und Bestellungen
besonders Bezug auf die
„Heimsiedlung“

BRIEFMARKEN!

Auswahlhefte jeder Art mit sehr billigen Preisen
stehen ernsthaften Sammlern gern zur Verfügung.
Bestellen Sie meine Auswahlhefte:
S. W. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.

„Diana“ Draht-Matratzen

Bettstellen, Polster
Preisliste unumsonst.
JOH. NIC. DEHLER
Coburg 15

Briefmarkensammler



„Die Post“

Berlin N 18
Friedrichstraße 131 d

wurde Thüringer einer

Pflaumenmus

gar, salzig, sauergezüchtet,
frisch, Quetsche, 10 Pf.
Kinder-Mus, 25 Pf. Kirschen-Mus,
Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen, Thür., 12.

Fabrik von Berlaspach'scher

NISTHÖHLEN

HERM. SCHEID, BÜREN
(WESTF.) KUNZENDORF
S. Friedland (Oder).

Zuschriften nur
nach Böhmen (Westf.). Einzige
Firma, die nur streng
nach „Ort“ or-
ganisiert und direkt
mit direkter
Kontrolle des
Fabrikanten v. Berlin
arbeitet. Illustrierte
Preisliste auch über
Winterfertigung
kostenlos.



AUBER

ON

2 M.

ANZAHL + PREIS 78.



Deutsche Sprechmaschinen-Centrale A.G.
Berlin SW 144, Herthastraße 3